

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

### Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungsliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)  
Unter Preussland, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

### Insertionsgebühr

beträgt für die 5gepaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.  
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

## Der Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie.

Die kaiserliche Kabinettsordre vom 1. Mai des vorigen Jahres betreffend die Bekämpfung der Sozialdemokratie in der Schule ist, sobald sie in die Oeffentlichkeit gelangte, von uns besprochen worden. Allerdings nicht sehr ausführlich. Indes dazu hatten wir gar keine Veranlassung. An das Bekämpftwerden sind wir so gewöhnt, daß uns auf ein Bißchen mehr oder weniger nicht ankommt; und außerdem konnten wir, bei den mannigfachen, zum Theil sehr sprunghaften und überraschenden Wandlungen, welche die deutsche Politik in den letzten Jahren durchgemacht hat, ja auch gar nicht wissen, ob die, noch unter der Aera Bismarck erlassene — natürlich nur für Preußen gültige — Kabinettsordre heute noch, nachdem Fürst Bismarck von der Regierung entfernt worden ist, die Gedanken der maßgebenden Kreise ausdrückt.

Jetzt lesen wir nun in der „Vossischen Zeitung“ vom 27. November — die uns durch einen Zufall erst gestern zu Gesicht gekommen ist — einige Bemerkungen, auf welche wir kurz zu antworten haben. In einem Artikel, betitelt: „Sozialpolitik in der Schule“, schreibt das genannte Blatt:

Mit auffälliger Zurückhaltung wird in der sozialdemokratischen Parteipresse die kaiserliche Kabinettsordre vom 1. Mai 1889 behandelt, die den Zweck hat, bereits im Schulunterricht den Grund für den Kampf gegen die sozialdemokratischen Lehren zu legen. Das unter Herrn Liebnichts Leitung stehende hiesige Fraktionsorgan hat seine Leser mit einigen Bemerkungen über die Vergeblichkeit solchen Bemühens nothdürftig abgefunden, im Uebrigen aber auf die bedeutungsvolle Kundgebung des Monarchen und die Erlasse des Staatsministeriums zu ihrer praktischen Durchführung mit keiner Silbe geantwortet.

Wie erklärt sich diese Schweigsamkeit und Mäßigung einer Kriegserklärung gegenüber, an deren Ernst unmöglich gezweifelt werden kann? Die bisherige Kampfweise im sozialistischen Lager steht damit in grossem Widerspruch; seit dem Fortfall des Sozialistengesetzes schien es aber, als ob an die Stelle des rücksichtslosen Kampfes gegen die Staatsgewalt das Bestreben der sozialistischen Parteiführer getreten sei, sich den Massen der eigentlichen Sauerleig in der Gesetzgebung zu empfehlen, ohne den auch die Regierung nichts ausrichten konnte, und der zur Zeit alle öffentlichen Angelegenheiten beherrscht. Die neue sozialpolitische Aera sollte dieser Latit Vorschub leisten und so die weiteren Verbungen für die Sozialdemokratie insbesondere auch auf dem Lande unterstützen, wo es den Agitatoren offenbar sehr viel nützlicher ist, sich auf gescheitene Ziele mit der Regierung zu berufen, als in schroffem Gegensatz zu ihr zu treten. Für alle Zeit aber wird man der neuen Schulpolitik der Regierung gegenüber den Kopf doch kaum

in den Sand stecken können. In dem Augenblicke, wo die Sozialdemokratie klare Stellung zu der Sache nimmt, wird sich zeigen, daß hier ein Kampf von ungeahnter Tiefe und weitreichendsten Folgen entzesselt ist.

Dem Willen des Kaisers gemäß soll die Regierung Mittel finden, um durch den Schulunterricht die Erkenntnis dessen, „was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist“, zu fördern. Die Lehren richtiger gesunder Volkswirtschaft sollen nicht erst dem reiferen Lebensalter zugeführt, sondern schon dem empfänglichen Sinne des Schülers nahe gebracht werden, um ihn bei Zeiten von den Unmöglichkeiten des sozialdemokratischen Zukunftsstaates zu überzeugen. Der Grundgedanke dieses Verlangens ist von unbestreitbarer Richtigkeit. Ohne die Verbreitung vernünftiger Wirtschaftsbegriffe, ohne zureichende Kenntniss der Bedingungen, die für das menschliche Zusammenleben und die Gütererzeugung maßgebend sind, giebt es keinen Schutz gegen die sozialistische Verführung, die sich in den Mantel falscher Wissenschaftlichkeit hüllt und ihre Opfer dort am leichtesten findet, wo bisher noch keine wirtschaftliche Belehrung Fuß gefasst hat. Der Gedanke, durch die Schule das heranwachsende Geschlecht zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzurufen, wird die Zustimmung Aller finden (1), welche von der Nothwendigkeit überzeugt sind, diesen Kampf durch die Selbsthilfe der Gesellschaft, nicht durch polizeiliche Mittel entschieden zu sehen. Die Frage kann nur sein, ob die Schule im Stande ist, die ihr damit zugewiesene Aufgabe in dem vorgeschriebenen Sinne zu erfüllen, ohne neue Gegensätze zu schaffen, die den Kampf vertiefen und dem Zwiespalt immer neue Zustüsse öffnen.

Also die „Vossische Zeitung“ findet unsere „Zurückhaltung auffällig“.

Aber waren wir denn „zurückhaltend“? Wir erklärten im Gegentheil sehr deutlich, wenn die Schule wirklich zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie benützt werden sollte, dann werde nicht die Sozialdemokratie, sondern die Schule die Kosten zu tragen haben.

Was das fortschrittliche Blatt „Zurückhaltung“ (auch „Schweigsamkeit“ und „Mäßigung“) nennt, war die philosophische Gleichgültigkeit, welche wir allen derartigen Versuchen und „Kriegserklärungen“ gegenüber zu beobachten pflegten. Und wenn es der „Vossischen Zeitung“ „auffällig“ ist, daß wir uns über Drohungen, gegen die wir uns gefeit wissen, nicht in hysterische Aufregung stürzen, nun, so können wir das nicht ändern, werden aber auch uns nicht ändern.

Die „Vossische Zeitung“ scheint nicht zu wissen, daß das, was jene Kabinettsordre ankündigt, bereits seit Jahren in verschiedenen Theilen Deutschlands, z. B. im Königreich Sachsen, das in allen Reaktions-Feldzügen an der Spitze marschirt, so gründlich durchgeführt ist, als es überhaupt durchgeführt werden kann.

Und mit welchem Erfolg? Die Schule ist von ihrem Bildungszweck abgedrängt worden. Tausende von Kindern haben das Vertrauen in die Lehrer verloren, und

nicht ein Kind, nicht ein Vater, nicht eine Mutter ist der Sozialdemokratie abtrünnig gemacht worden. Und selbst unter den Lehrern, die eine Zeitlang den Kampf gegen die Sozialdemokratie eifrig betrieben, haben die meisten sich nachgerade überzeugt, daß nur die Schule bei diesem Kampfe verlieren kann, und daß sie nur verlieren kann.

Die „Vossische Zeitung“ hätte ferner doch wissen sollen, daß die Schule in Preußen seit Jahrzehnten zur Bekämpfung der modernen Weltanschauung hat dienen müssen, und daß die Kabinettsordre des 1. Mai vorigen Jahres sonach im Wesentlichen gar nichts Neues enthält, sondern nur die Fortsetzung einer alten Politik ist. Und was hat die Reaktion mit der jahrelangen Bekämpfung des Materialismus u. s. w. in der Schule erreicht? Die materialistische Weltanschauung beherrscht heute die wissenschaftliche Welt, und die Schule steht weit tiefer, als ehe sie in gewaltsame Opposition zu dem modernen Geiste gesetzt ward.

Womöglich noch hoffnungsloser ist der Kampf der Schule gegen die Sozialdemokratie. Eine Lehre, der mindestens ein Fünftel des deutschen Volks anhängt, und deren Anhängerzahl reißend wächst — eine Lehre, die für ihre Anhänger ein lebendiger Glaube ist, läßt sich nicht aus dem Herzen des Kindes herausreißen. Der Lehrer, welcher sich unterfängt, dem Kinde zu sagen: „Das was Deine Eltern, Deine Geschwister, Deine Kameraden für wahr und gut halten, ist falsch, ist Frevel und Sünde!“ veründigt sich selbst gegen das Gebot:

Du sollst Vater und Mutter ehren! und verliert das Vertrauen und die Liebe des Kindes, das fortan die Schule als eine feindliche, hassenswerthe Einrichtung betrachtet.

Die Schule tritt in den schroffsten Gegensatz zum Leben, und an diesem Gegensatz muß sie zu Grunde gehen.

Wir wollen hier nicht bei den tief unmoralischen Konsequenzen verweilen, welche die Verheerung der Kindergemüther in der Schule zur Folge haben muß — nicht von der Saat der Zwietracht und der Heuchelei reden — nicht von den grausamen Konflikten der Gefühle — genug, die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Schule kann bloß unseren Feinden schaden, wird die Schule desorganisiren und diskreditiren, der Sozialdemokratie keinen Anhänger entziehen, wohl aber alle Diejenigen in ihr Lager treiben, welche Unrecht, Gewissenszwang und Vergewaltigung hassen.

Was soll überhaupt dieser ganze „geistige“ Kampf gegen die Sozialdemokratie? Spielen wir doch nicht

se eher Schonung erhoffen konnten, als bei ihren christlichen Brüdern.

Des Essens und des Trinkens pflog man nicht allzu eifrig in dieser aufgeregten Zeit; die Seelen all dieser von hohen Idealen erfüllten Menschen waren nur dem großen Kampfe um die evangelische Freiheit zugewandt und man trachtete wenig nach körperlichen Genüssen.

Der Hauptpfarrer, ein Mann in den Dreißigern, dem die geistliche Tracht wohl anstand, ein beliebter Volksredner und begeisterter, ja fanatischer Anhänger der neuen Ideen, hob seinen Becher und stieß mit einem kleinen schwarzen Mann an, der am oberen Ende der Tafel saß und dessen funkelnde Augen unruhig von einem Antlitz zum anderen glitten. In diesem Mann schien es immer heftig zu arbeiten.

„Auf daß es Euch wohl ergehe, Meister Andreas!“ rief der Hauptpfarrer. „Ihr werdet diesen Nachmittag wieder reden vor allem Volk, draußen am Marterbild.“

„Das werd' ich und stände der Teufel selber draußen am Thor und lanerte auf meine arme Seele,“ rief der Angeredete, der Niemand anders war, als der berühmte und vielverfolgte Schwarmgeist, Dr. Andreas Bodenstein, genannt Karlstadt von seinem Geburtsort am Main. „Predigen werd' ich, daß denen auf dem Rathhaus droben die Ohren klingeln sollen zur Stunde.“

„Die Klingeln ihnen jetzt alle Stund,“ meinte lachend Kilian Etzschlich, der Tuchscheerer, indem er dem Hauptpfarrer zutrauf. „Aber seid vorsichtig, lieber Doktor, wenn Ihr aus dem Thor geht. Denn wenn auch Rothenburg seinen Landhag hat, so können die markgräflichen Reifigen, die immer auf der Streife sind, doch einmal einbrechen. Sie möchten immer gerne den Preis verdienen,

den der Markgraf von Ansbach auf Euren Kopf gesetzt hat.“

„Aber ich hab's satt, mich immer wie eine Ratte zu verkriechen und wie eine Gule vor dem Tageslicht zu fliehen“, rief Karlstadt mit Heftigkeit.

„Euer Leben ist kostbar“, meinte der Tuchscheerer. „Solch ein gelehrtes Haupt können wir nicht missen bei der evangelischen Sache.“

„Wer kann für unser Leben bürgen?“ antwortete Karlstadt mit erhobener Stimme. „Wir sind mitten im Sturm und müssen mit ihm segeln. Glaubt Ihr, Meister Kilian, Euer Leben sei weniger bedroht als das meinige? Wenn die evangelische Sache nicht zum Siege gelangt, so wird man Euer schönes Haus niederreißen, allwo Ihr mich beherbergt und gespeist habt und wo die Männer des Volks ihren Bund beschworen haben; man wird die Stätte, allwo das Haus gestanden, mit Salz bestreuen und eine verfluchte Hofsstätte daraus machen, daß Niemand sich dort mehr anbauen mag.“

„Sei's drum“, sagte gleichmüthig der Tuchscheerer. „Wenn wir in die alte Nacht zurückfallen sollen, dann mag ich nicht mehr leben.“

„Ihr seid ein tapferer Mann“, sagte der Hauptpfarrer. „Auch mir ist, als müße ich einmal auf dem Block durch das Schwert sterben und ich bin alle Tage auf den Tod gefaßt.“

Da aber fing ein junger Mann mit einem feingeschnittenen, geistvollen Antlitz, dessen Augen schwärmerisch immer gradaus sahen, heftig mit den Händen zu gestikuliren an. Es war dies Hans Schmidt, der Barfüßler-Mönch, auch der Fuchs genannt. Im Volk hieß man ihn nur den blinden Mönch, denn ihm fehlte das Licht der Augen. Um so hellsehender war sein Geist und in feurigen

## Feuilleton.

### Rothenburger Tage.

Roman aus der Zeit des großen Bauernkrieges von 1525. Von Wilhelm Bloß.

#### Der Tipperdaps.

Es war im Pfarrhof von St. Jakob, jenem prächtigen Gebäude, das noch heute eine Fierde der Stadt Rothenburg bildet mit seinem merkwürdigen, auf zwei Pfeiler gestützten Erker, der durch alle Stockwerke geht, und mit seinen herrlichen Malereien und Bildwerken, ein bereites Zeugniß vom Kunstfleiß und Kunstsinne der Vorfahren. Es ging heute gelabst zu; der Hauptpfarrer Doktor Deutschlin hatte Gäste geladen. An einer gedeckten Tafel in der großen Stube des Pfarrhofs saßen etwa ein Duzend Personen, darunter einige Frauen. Es waren Patrizier, Bürger, Ordens- und Weltgeistliche, Gelehrte und Handwerker, die Träger der neuen Ideen in der freien Reichsstadt Rothenburg. Man konnte hier sehen, wie der große Kampf, der sich in Deutschland entzesselt hatte, nur dem Namen nach ein Bauernkrieg gewesen war. Die Bauern stellten die kampfbereiten Massen zu dieser Erhebung. In den Städten sympathisirten mit ihr oder theilnahmen sich gar viele der ersten Geister und dem feiner Kopf mußte darob in der Folge der Folter und dem Henkerblock verfallen, manch hochbedeutender Mensch, strahlend von Tugend in Wissenschaft und Kunst, flüchtig und seines Guts beraubt im Glend umherirren. Sollen ja doch einige der Führer der Bewegung zu den Türken geflohen sein, wo



Romödie. Abgesehen von jeglichem Beiwerk stehen die Dinge so:

Wenn es — den guten Willen vorausgesetzt — den Regierungsparteien möglich ist, das Elend aus der Welt zu schaffen, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, die ökonomische Gleichheit und die politische Freiheit zu begründen, — dann haben sie gewonnenes Spiel. Aber besiegt haben sie uns nicht, denn sie können das Spiel nur gewinnen, indem sie unser Programm, das Programm der Sozialdemokratie verwirklichen.

Erklären sie die Aufgabe für unmöglich — wohlun wir wissen, daß sie möglich ist, und die Massen werden zu Denen halten, die ihnen die Erlösung in Aussicht stellen, und sich von Denen abwenden, die von vornherein ihre Unfähigkeit, die Massen zu erlösen, aussprechen.

In jedem Fall gewinnen wir das Spiel. Und hoffentlich wundert sich die „Vossische Zeitung“ jetzt nicht mehr über unsere „auffällige Zurückhaltung“. Wir sind keine schwachnervigen „Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln“; eine weitergesteigte Partei, welche das Sozialistengesetz spielend überwunden hat, wird sich vor diesem neuesten Kulturkampf nicht fürchten, der, obgleich ihn die „Vossische Zeitung“ mit ihren freundlichen Segenswünschen begleitet, noch kläglich enden wird als der alte Kulturkampf.

Wollen unsere Feinde durchaus die wichtigsten Einrichtungen des heutigen Staats unterwühlen und in den Bankrott der alten, veralteten Parteien hineinziehen, gut, wir haben kein Interesse, sie daran zu hindern.

Des Menschen Wille ist sein Himmelreich.

## Korrespondenzen.

**Amsterdam, 4. Dezember.** Der hiesige sozialdemokratische Verein hat für diesen Winter in seinem Versammlungsort „Constantia“ eine Reihe von Vorträgen organisiert, bei welchen Männer von verschiedener politischer Richtung vertreten sein werden. Natürlich hat der Vorstand auch an ausgeprobenen Gegner der Sozialdemokratie das Ansinnen gerichtet, als Redner aufzutreten, aber selbstverständlich nicht ohne Diskussion. So hat z. B. schon der bekannte Dr. Schapman, ein Gesinnungsgenosse des Dr. Windthorst und Führer der katholischen Partei in Holland zugesagt, ein Referat im sozialdemokratischen Vereine zu übernehmen. Gestern Abend wurde der Reigen eröffnet durch den radikalen oder radikal-liberalen Prof. A. Pierson von der hiesigen Universität. Die Versammlung nahm einen geradezu imponierenden Verlauf. Etwa 1200 Personen lauschten mit größter Aufmerksamkeit der 1/4 stündigen fesselnden Improvisation des Referenten. Dieser gehört unzweifelhaft zu den besten Rednern Hollands, und was viel mehr sagt, zu den Ehrlichsten und freisinnigsten seiner Standesgenossen. Das Jopstym der holländischen Universitäten hat sich diese Woche selbst glänzend charakterisiert, als die gelehrten Herren ihre Kollegien eröffneten. Sie widmeten lange Reden dem Gedächtnis des verstorbenen Königs, der als König eine der größten Nullen und als Mensch bei seinen Untertanen, die ihn zu genau kannten, sich nicht gerade hoher Beliebtheit erfreute. — Das Thema des Pierson'schen Vortrages war: das Leben und Wirken des irischen Volksmannes Daniel O'Connell, der während ca. 45 Jahren die ganze Kraft seines Geistes und seines Wortes an die Sache des armen in unerbittlichster Knechtschaft geketteten irischen Volkes gewendet hat. Redner führte aus, wie Daniel O'Connell einer angestrengten Agitation von mehr als zwei Jahrzehnten bedurfte, bevor er das verpöhlte irische Volk aus seiner Gleichgültigkeit seinem und Stumpfsinn erweckt hatte. Dies geschah im ersten Viertel unseres Jahrhunderts. In wahrhaft patender Weise schilderte Redner die Verdienste des großen Mannes um die Sache seines Volkes, und wie er endlich 1847 starb, körperlich und geistig gebrochen, ohne die Ueberzeugung mit sich ins Grab zu nehmen, daß die Iren durchdrungen wären von jenen Geist, den er ihnen einzusäen versucht, als er ihnen die Worte immer und immer wieder zurief: „Darfst Du noch länger leiden und entbehren, darfst Du noch länger Paria sein, oder wirst Du gleich sein wollen mit den großen englischen Herren, die auf ihren Schlössern sitzen und sich nähren von G. rem Schweiß und Blut?“ — Der reiche Beifall, den Professor Pierson am Ende seines Vortrages erntete, zeigte klar, daß jeder der Zuhörer sich die Nutzenanwendung, die allgemeiner Bedeutung desselben, gegogen hatte, daß jeder die irische Sklaverei auf die der Lohnarbeit übertragen und sich

Worten pflegte der blinde Mönch dem Volke die Gesichte seiner Seele zu offenbaren. Es war einer der beliebtesten und einflussreichsten Volksredner.

„Lieben Brüder,“ rief der junge Mann, die Arme ausbreitend, während seine Augen sich erweiterten, „sicher sollt ihr glauben, ihr beginnet zu verzagen, denn ihr sprecht nur vom Untergang der Volksache und nicht von ihrem Triumph.“

„Die Volksache wird niemals untergehen,“ rief Karlstadt, „ne muß triumphieren, heut oder morgen, früher oder später. Aber die Freiheit ist noch niemals vom Himmel gefallen; sie hat noch immer ihre Blutzugen erfordert. Und wer weiß, ob unser Loos nicht schon gefallen ist.“

„Aber wir wandeln getrostem Muthes unsere Bahn,“ sprach der blinde Mönch. „Wenn wir dabei mit dem Fuß an einen Stein stoßen, was verschlägt's? Ich fürchte nicht den Tod, denn mich wird er aus dem Dunkel in ein gewisses Licht führen.“

„Wir schreiten getrostem Muthes vorwärts auf unserer Bahn,“ sprach der Hauptfarrer mit feierlicher Stimme, „welcher Art auch das Ende sein möge!“

Eine weisevolle Stimmung hatte sich der Anwesenden bemächtigt und sie sahen ernst vor sich nieder; neben Hans Schmidt, dem Mönch ohne Augenlicht, sah sein Schwager, einer der Leutsherrn im langen weißen Mantel, mit dem schwarzen Kreuz auf der rechten Schulter. Herr Melchior war ein lauster Mann, aber er hatte es gewagt, des blinden Mönchs Schwester Rosa zu heirathen; er hatte eine größere öffentliche Hochzeit gehalten und der Rath hatte in den bewegten und gefährlichen Zeitläuften nicht gewagt, sich in die Sache einzumischen. Rosa, eine sehr hübsche junge Frau mit den feinen Zügen ihres blinden Bruders, sah neben Melchior und eine Thäne rann über die rosige Wange. Herr Melchior sah sie zärtlich an und drückte ihr unter dem Tische die Hand.

„Mein zartes Kösslein fürchtet sich vor dem Sturme,“ flüsterte er. „Du magst geruhig sein, mein trautes Weib; wir haben mächtige Beschützer!“

„Die uns nicht verlassen werden,“ sagte der blinde

gelobt hatte, das seinige mitzulassen, um die modernen Parias, die Lohnarbeiter, aus ihrem Schlafe aufzurütteln, um ihnen zu rufen: „Dürstet auch Ihr noch länger zu Ruß und Frommen einiger weniger Großkapitalisten ein elendes Dasein führen, oder wollt Ihr mitarbeiten am großen Werke unserer Zeit: Der Befreiung der Menschheit aus den Ketten des Kapitalismus zu dem freien auf die Gleichheit aller gegründeten Staat des Sozialismus!“

Die Freiheit und das über alle Maßen beschränkte Klassen-Interesse des holländischen Liberalismus hat sich in eklatanter Weise bei der jüngsten Stadtverordneten-Ergebnisse gezeigt. Man muß wissen, daß in Holland noch die, welche das verhältnismäßig kleinste Bruchtheil ihres Einkommens für die direkten Steuern opfern, allein das Recht? (haben, die Stadtverordneten und Abgeordneten der zweiten Kammer wählen zu dürfen. Es ist einleuchtend, daß daher das Proletariat und größtentheils auch der kleine Bürgerstand, welche prozentmäßig wohl mehr als die Hälfte ihres Einkommens zum Unterhalt ihres Vaterlandes aufbringen müssen, doch gar nicht mitreden dürfen, wenn es gilt die Männer zu wählen, die mühsam einige Jahre mit Weisheit und Gerechtigkeit das liebe Vaterland regieren sollen! Nun, die Hauptstadt des Landes, Amsterdam, mit ihren 400 000 Einwohnern, hat das Glück ca. 19 000 Männer aufzuweisen zu können, welche die genügende Dosis Weisheit besitzen, um die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers für die Stadt Amsterdam zu wählen. Holländer, und besonders Amsterdamer Bourgeois, sind jedoch bescheidene und anspruchsvolle Leute. Es darf daher nicht Wunder nehmen, daß von oben genannten 19 000, stets ca. 13—15 000 sich selber noch nicht die nötige Weisheit zumuteten und von der Wahlurne wegblieben. Man sieht, es ist echt holländisch: am Ende des neunzehnten Jahrhunderts: eine Bevölkerung von über 400 000 Menschen regiert durch eine Sippchaft von ca. 4 bis 6000 „Mynheers!“ Es bedarf wohl keiner näheren Auseinandersetzung, aus welcher einem „auserlesenen“ Trupp Aristokraten die Amsterdamer Stadtverordnetenversammlung sich zusammensetzt. Es sind 39. Auch ist es selbstverständlich, daß die Mehrheit sehr „liberal“ ist, wie überhaupt die Holländer höchst liberale Leute sind. Stammen Sie denn nicht ab von dem ersten freiheitsliebenden Volk des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts?! Also am 25. November fand eine Erziehung statt. Dies wäre wieder ohne die geringste Erregung vorüber gegangen, hätten nicht die organisierten Arbeiter die Gelegenheit benützt, um etwas Leben in die Bude zu bringen. Hauptsächlich zum Protest hatten 25 Fachvereine einen Arbeiterkandidaten proklamiert, und die Wahl war gefallen auf den Typographen A. Rot, einen der bewährtesten Genossen. Nun hat sich seit einigen Jahren das liberale Element von dem höchst aristokratischen Wahlverein „Bürgerpflicht“ getrennt und einen neuen Wahlverein „Amsterdam“ gegründet. Die Mehrheit darin ist freilich noch weniger fortschrittlich gesinnt als z. B. Eugen Richter. Um aber nun ihre Arbeiterfreundlichkeit zu zeigen, wurde A. Rot auch durch die „Radikalen“ als Kandidat übernommen. Im Feldlager der Aristokraten herrschte große Apathie. Von Kampfeslust und Eifer keine Spur mehr. Präsentable Kandidaten blieben weg. Da stellte ein Mitglied von „Bürgerpflicht“ den Antrag, dem Wunsche der Arbeiter entgegen zu kommen, und ebenfalls ihren Kandidaten zu proklamieren. Und da geschah das Wunderbare und noch nie dagewesene: ein Arbeiter, und zumal ein Sozialdemokrat erschien in dem heiligen Kreis von „Bürgerpflicht“, um seinen Standpunkt auszu-einander zu setzen, und es war als ob die ganze Gesellschaft aus den Fugen gehen sollte: der Sozialdemokrat Rot wurde mit einem Mehr von etwa 60 gegen 50 Stimmen zum Kandidaten des hocharistokratischen Wahlvereins „Bürgerpflicht“, wohl des einflussreichsten der Stadt, gewählt. Der Vorstand von „Bürgerpflicht“ und die ihnen befreundeten Bourgeoisblätter waren natürlich wüthend. Der Gegenkandidat war ein Ultramontaner, unterstützt von einem anderen „liberalen“ Wahlverein, der lieber einen „Mynheer“ sei er auch ein Ultramontaner, wählen wollte, als einen Arbeiter. In Verdächtigungen, Schmähungen und Verleumdungen des Arbeiterkandidaten Rot fehlte es gewiß nicht. Dazu kam noch ein paar Tage vor der Wahl der Tod des Königs; am gleichen Tage fand noch eine letzte Volksversammlung statt, wo Rot als Redner auftrat. Auf derselben äußerte sich ein Genosse wenigstens wie die Bourgeoisblätter erklärten, etwas scharf über den verstorbenen König, der es doch gewiß verdient hat und nun fielen alle über die Arbeiterpartei her. Man sagte, jetzt gelte es das Königthum zu schätzen, das von den Sozialisten angegriffen wurde, und so geschah es denn zwei Tage darauf, bei der Wahl, daß Genosse Rot kaum 1800 Stimmen erhielt, während dem ultramontanen „Mynheer“ 3700 zufielen; Rot hatte die Radikalen auf seiner Seite.

Rot war Kandidat des größten liberalen Wahlvereins, aber er hat vielleicht keine einzige Stimme von Liberalen erhalten. Ein besserer Beweis, daß vom Liberalismus absolut Nichts für das Proletariat zu erwarten sei, konnten die Arbeiter kaum wünschen.

Und das Bild vom politischen Leben, das man jetzt in Amst. d. m. gesehen, ist das Gleiche mit seltenen Ausnahmen für das ganze Land. Die gesammte Arbeiterschaft hat gar kein politisches Recht. Und die anderen, die herrschenden Parteien,

Mönch, dessen scharfes Ohr die Worte des Schwagers aufgefangan hatte.

Karlstadt blickte um sich. „Lieben Freunde und Brüder,“ sprach er mit energischer Betonung, „ich predige also heute am Martertag. Dazu sollt ihr alles Volk einladen, Alt und Jung, Bornehm und Gering. Jeder ist willkommen, mag er noch so mühselig und beladen sein. Aber vorher mache sich Einer auf und begeben sich fürsichtig zum Rathhaus. Aldort hängt ein Wiß, den die gehörnten Esel, die Schreiber des hochwohlweisen Rathes, angefertigt und mit zierlichen Schnörkeln versehen haben. Es ist zu lesen, daß dem Dr. Karlstadt verwehrt sein soll, zu predigen innerhalb des Gebiets der freien Reichsstadt Rothenburg, daß ihm geboten sei, sich hinwegzuthun und daß ihm Niemand Unterschlupf geben solle. Wer will dieses Ediktum abnehmen?“

„Ja,“ sagte Kilian Erschlich, der Tuchsheerer.

„Aber der Rath?“ meinte Herr Melchior.

„Ach der Rath!“ sagte der Tuchsheerer. „Lieber Freund, die Zeiten sind vorbei, da ein hochwohlweiser und fürsichtiger Rath einem Nürnbergger Reiterknaben den Kopf abschlagen ließ, weil er beim Ausreiten aus Muthwillen dem steinernen Reichsadler am Röderthor eine Kralle abgestoßen mit der Lanze. Ein hoher Rath wird jetzt fürsichtig seinen eignen Balg hüten. Was gilt's, ich hole das Ediktum!“

„Da ist's schon!“ rief eine kräftige Stimme von der Thüre und alle schauten dahin.

„Ach, der Menzinger,“ sagte der Hauptfarrer sichtlich erfreut. „Ihr sehet ja recht vergnügt aus und bringet sonach sicherlich gute Kunde, Junker Stefan!“

„Da sehet!“ rief der Angemeldete, eine hohe, schlankte Gestalt, mit Zügen voll Verschlagenheit und Kühnheit, in einen prächtigen schwarzen Kamlotmantel gewickelt. Er schwenkte ein großes Stück groben grauen Papiers, mit großen Buchstaben beschrieben und mit allerlei Schnörkeln versehen, hin und her. Es war wirklich die Verordnung des Rathes wider Karlstadt. Der Menzinger warf das Papier spöttisch auf den Tisch. Dann schritt er auf Karlstadt zu.

Stefan von Menzinger, aus einem alten schwäbischen Geschlecht, der Freund des flüchtigen Herzogs Ulrich von

werden nur dann für das politische Leben erwärmt werden können, wenn die Arbeiterpartei mit auf den Kampfplatz treten kann. Wann hier auch nur das allgemeine Wahlrecht erungen haben werden, ist im Voraus noch nicht zu sagen. Die Partei macht von Jahr zu Jahr Fortschritte, immer größere Kreise werden von den Ideen des Sozialismus angezogen und so werden auch einst die holländischen Arbeiter frohlich zum Streite ziehen können; und kämpfen wir erst unter gleichen Bedingungen mit unseren Feinden, dann ist der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft, dann fällt unserer gerechten Sache der Sieg mit Sicherheit zu.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Dezember.

„Vielsach mißverstanden — so lesen wir in der „Allg. Zeitung“ — wird das Kaiserwort, daß die Wurzeln der heutigen Zustände in der französischen Revolution liegen. Die Sozialdemokratie macht daraus bereits die Nutzenanwendung, daß sie ja die den heutigen Verhältnissen angepaßten Ideen der französischen Revolution vertrete. Diese Behauptung ist falsch und die Nutzenanwendung beruht auf einem Mißverständnis. Der Kaiser sagt offenbar in der französischen Revolution vorwiegend die Aufeinanderfolge von Greuelthaten ins Auge. Der überzeugungstreue Lehrer wird jedoch auch nicht umhin können, die chronischen Greuelzustände zu beleuchten, welche zu der revolutionären Explosion führten. Die Geschichte der Revolution wird übrigens an allen Gymnasien sehr eingehend behandelt.“

Die Notiz der „Köln. Zeitung“ richtet sich gegen uns. Also wir sollen in der kaiserlichen Ansprache den Passus, betreffend die französische Revolution, mißverstanden haben! Wohlan, betrachten wir den Wortlaut nach dem „Reichsanzeiger“:

„Warum wird immer an unserer Regierung herumgenörgelt und auf das Ausland verwiesen? Weil die jungen Leute nicht wissen, wie unsere Zustände sich entwickelt haben und daß die Wurzeln in dem Zeitalter der französischen Revolution liegen.“

Der erste (Frage-) Satz mag etwas unklar sein — der zweite (Antwort-) Satz ist aber so klar wie die Sonne. Entweder haben die Worte nicht den laidesüblichen, durch die Sprachselbstgesetzten Sinn, oder sie haben den Sinn, welchen wir ihnen beigelegt haben. Die „Kölnische Zeitung“ ist es, die das „Mißverständnis“ passirt ist, — trotz ihrer Royalität, — an eines Königs Wort deuteln“ zu wollen.

Die Schlußbemerkung, daß die Geschichte der französischen Revolution in allen Gymnasien sehr eingehend behandelt werde, kann bei Jedem, der den Sachverhalt kennt, nur ein Lächeln hervorrufen, — oder meint etwa die „Kölnische Zeitung“ unter „eingehender Behandlung“ eine kritiklose Zusammenstopplung reaktionärer Lügen und Ammenmärchen? Dann könnte sie recht haben.

Zur Beurtheilung der Ansprache des Kaisers über die Schulfrage ist der Umstand noch bedeutungsvoll, daß der Naturwissenschaften gar keine Erwähnung geschieht. Ein Zufall kann das kaum sein, da die Ansprache offenbar sorgfältig vorbereitet war — und wäre es Zufall, so wäre das erst recht charakteristisch. Der Sozialismus und die Naturwissenschaften — sind Geschwister, beide Kinder desselben Vaters: des modernen Materialismus — und wollen die Schule zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgerufen werden soll, dann muß logischerweise auch gleichzeitig den Naturwissenschaften der Krieg erklärt werden.

Die Aäre Lucius ist noch immer nicht vom Fleete gerückt. Herr Lucius entwickelt einen heroischen Gleichmuth und thut als ob ihn der abscheuliche Skandal gar nicht angehe. Und der Andere, auf den alle Finger als des Mitschuldigen weisen, und der doch sonst nicht an Diebstahlheit zu leiden schien (wenigstens lassen die Zentner von Straßformularen nicht darauf schließen), steht da wie ein ägyptischer Steingöze — mußt und regt sich nicht.

Wir rühmen uns, namentlich im Vergleich mit anderen Nationen, so gern unserer „politischen Moralität“, der „Integrität unserer Staatsmänner“ — wie verträgt sich dieses Selbstlob mit der Thatsache, daß Männer in den höchsten Aemtern und Würden ungestraft so handeln konnten, wie es den Herren Lucius und Bismarck seit Wochen

Württemberg und vorher selbst flüchtig in der Schweiz, der bittere Feind des Rathes, mit dem er in einen großen Rechtsstreit lag, war beim Ausbruch der Bewegung nach Rothenburg in sein stattliches Haus am Herrenmarkt zurückgekehrt. Er tritt mit dem Rath um die Steuer, die er wegen seines Gutes, der Reinsburg, entrichten sollte. Der Menzinger, ein politischer Kopf, hatte die Bürger dazu gebracht, den Rath lahm zu legen, indem sie den Gemeinde-Ausschuß von zweiundvierzig Mitgliedern bildeten, der die Leitung der städtischen und aller politischen Angelegenheiten übernahm. Dabei blieb Menzinger in gutem Einvernehmen mit dem Markgrafen Casimir, seinem Lehnsherrn. Er galt deshalb für gewichtig und Viele trauten ihm nicht; man glaubte, er wolle nur sein Vermögen bei der Sache vermehren. Aber Menzinger schien der Volksache ergeben und tritt für Karlstadt mit vielem Feuer. Er streckte dem Doktor die Hand entgegen.

„Wohl bring' ich gute Kunde,“ rief er. „Meister Kilian braucht sich nicht mehr anzustrengen. Der Ausschuß der Bürger hat heute beschlossen, das Verbot gegen Euch, Doktor Karlstadt, aufzuheben. Ihr möget in der Stadt umgehen und Eure Abenteuer bestehen; auch möget Ihr offen zu dem Volke predigen, wie es Euch gefällt.“

„Solcher Bescheid wird den Herren vom Rath nicht wohl schmecken,“ sagte der Pfarrer.

„Glaub's wohl,“ sagte der Menzinger, „aber was schier das den Ausschuß? Die wohlweisen Herren haben sich ge-fränkt und gejeirt wie die Jungfräulein; es war zum Erbarmen. Des Kaisers und aller hohen und edlen Herren Ungnade wird uns der Doktor auf den Hals ziehen, ney klagen sie.“

„Die Fürsichtigen!“ spottete Herr Melchior.

„Aber der Ausschuß der Gemeinen läßt sich kein X für ein U machen und wird mit einem fürsichtigen Rath noch manch ein Hühnlein rupfen wegen ungerichter Steuern und allerlei Gewaltthat und Beschwerneiß, so die Geschlechter und die Bettern den Bürgern unserer freien Stadt thun. Die Beschwerden der Handwerker werd' ich aufheben.“

(Fortsetzung folgt.)



vorgeworfen wird, ohne daß sie gegen die schwere Anklage ein Wort der Verteidigung haben?  
Man denke an die Affäre Wilson in Frankreich, die nicht vertuscht wurde, sondern den obersten Staatsbeamten, Hauptschuldigen und den Sturz des obersten Staatsbeamten, Präsidenten Grey, der zu dem Treiben nur ein Auge zugebückt hatte, zur Folge hatte. Freilich, das war im „wilden“, verkommenen Frankreich! Und wir leben im tugendhaften, sittenstrengen Deutschland. —

Wie sehr der Geist der deutschen Reichsverwaltung sich im steten Gegensatz zu dem in den kaiserlichen Erlassen ausgesprochenen Wunsch nach Herstellung faktischer Gleichberechtigung zwischen Unternehmern und Arbeitern befindet, geht aus der Ernennung der Zweimännigen Kommission zur weiteren Behandlung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches hervor.

Zu diesem Zwecke ist eine Kommission von 22 Mitgliedern — theils Juristen, theils Vertreter der verschiedenen wirtschaftlichen Interessen — eingesetzt worden. Zu wirtschäftlichen Mitgliedern der Kommission sind dem Reichsminister zufolge gewählt worden: Staatssekretär Dehl-Schlager, Berlin; Prof. Blau, Berlin; die Geh. Ober-Justizräthe Künzler und Eichholz, Berlin; Ober-Regierungsrath Jacoby, München; Geh. Rath Ruge, Dresden; Prof. Landry, Tübingen; Prof. Gebhard, Freiburg; Ministerialrath Dittmar, Darmstadt; Anwalt Wollfson sen., Hamburg. Nicht ständige Mitglieder sind: Mantuffel-Crossen; Haldorf-Bebra; Geh. Bergath Leuschner, Gießen; Gagen, Neuenburg; Landgerichtsrath Spahn, Bonn; Geh. Justizrath v. Cuno, Berlin; Brauereidirektor Goldschmidt, Berlin; Amtsgerichtsrath Hoffmann, Berlin; Generalkonsul Kuffel, Charlottenburg; Oberförster Danfmann, Eberswalde; und die Prof. Conrad, Halle; Sohn, Leipzig.

Wie man ersieht, sind alle Berufsgruppen in dieser Kommission vertreten mit einziger Ausnahme der größten Bevölkerungsgruppe, der Arbeiter. Daß deren Interessen im Entwurfe nicht nur nicht berücksichtigt wurden, ja, daß der Entwurf, falls er Gesetz wird, einen Zustand schafft, der die Arbeiter schlechter stellt, als die Partikularrechte, so das preussische Landrecht, haben unabhängige Gelehrte, wie der Wiener Rechtslehrer Anton Menger und der Berliner Professor Gierke schlagend nachgewiesen. Trotzdem Anton Menger's und Gierke's Publikationen weit über die engen wissenschaftlichen Kreise hinaus das größte Aufsehen erregt haben, wählt man heute ausschließlich Vertreter der kapitalistischen Interessen in die Kommission, welche den Entwurf des Gesetzes endgültig feststellen sollen und auch als Vertreter der Wissenschaft wird nicht ein Gierke berufen, ein Mann von europäischem Ruf, sondern der reaktionäre Leipziger Professor Sohn und der Hallenser Professor Conrad, der sich bei Beurtheilung des letztjährigen Bergarbeiterstreiks als fürsorglicher Freund der Kohlenbarone erwiesen hat. —

Die wirtschaftliche Entwicklung wird sich stets scharfer erweisen, als all die kleinen und kleinlichen Versuche, unsere Bewegung zurückzuführen; wie sehr diese Entwicklung der Sozialdemokratie günstig ist, das beweisen wieder die bis heute vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember d. J. Dieselben zeigen, daß die Bevölkerungszunahme in den großen Städten hohe Erwartungen selbst übertroffen hat. Nach dem vorläufig veröffentlichten Resultat der Volkszählung in den großen Städten stieg in dem fünfjährigen Zeitraum von 1885 bis 1890 die Bevölkerung der Städte um fast ein Fünftel. Diese Erscheinung beweist aber bei weitem nicht nur das rasche Anwachsen der großen Städte, der Mittelpunkt der proletarischen Bewegung, sondern vor allem auch die Zentralisirung der Industrie, das Zugrundegehen vieler Kleinbetriebe, das Anwachsen der Großproduktion und damit die Entwicklung zur sozialistischen Produktion. —

**Die Aussperrung der Hamburger Tabakarbeiter** bringt den Unternehmern gewaltigen Schaden. Sie sind außer Stande, die Bestellungen ihrer Kunden auszuführen und sehen in ihrer Nähe eine drohende Konkurrenz erstehen. Die Bremer Fabrikanten beeilen sich, die ausgesperrten Hamburger Tabakarbeiter in ihren Fabriken zu beschäftigen und dadurch dem Hamburger Zigarrenhandel gewaltigen Abbruch zu thun; dies veranlaßt die Hamburger Unternehmer, ihren Kunden das folgende Zirkular zugehen zu lassen:  
Hamburg, im November 1890.

P. P.  
Der „Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890“ aus untenstehenden Firmen zusammengesetzt, beehrt sich, Ihnen mitzutheilen, daß er gezwungen wurde, sämtliche Arbeiter, welche bestimmten Fachvereinen angehören, zu entlassen.  
Es werden dadurch Verzögerungen in der Ausführung Ihrer den verschiedenen Firmen ertheilten Aufträge eintreten und bitten wir Sie, diese zu entschuldigen, auch spätere Lieferungen anzuerkennen, da unsere Schritte im Interesse des ganzen Gewerbes unternommen sind.  
Hochachtungsvoll

Der Verein der Zigarrenfabrikanten von 1890.  
Folgen die Unterschriften.  
Aus diesem Schriftstück geht außerdem hervor, daß die Unternehmer ihr Vorgehen gegen die Arbeiter nicht beschönigen können, denn sie führen nur die Thatsache der brutalen Aussperrung an, unterlassen es aber, den folgenreicheren Schritt auch nur mit einem Worte zu begründen. —

Die Nationalliberalen suchen wieder den Kulturkampf zu beleben. Der frühere rothe Revolutionär und jetzt unter der Last seiner Orden tiefgebeugte Bürgermeister Fischer von Augsburg hat leztlich eine Versammlung abgehalten, um gegen die von ultramontaner Seite angestrebte Rückberufung der Jesuiten zu protestiren. Viel mehr dem Herrn nicht nützlich, selbst ein kleines Kulturkampfchen kann die absterbende nationalliberale Partei nicht Nationalliberalen vor den Jesuiten vollständig kühn. Wir sind nicht nur im Prinzip gegen alle Ausnahmengesetze, wir fürchten auch in der Praxis die Jesuiten nicht. Sind wir mit all den Jesuiten im Frad, die sich in allen bürgerlichen Parteien finden, fertig geworden, so werden wir auch mit den Jesuiten in der Soutane (dem langen Pfaffenrock) fertig werden.

Das Urtheil im Prozesse gegen den ehemaligen Landes-Direktor Dr. Mehr hat durch seine auffallende Milde und durch die Einrechnung der Untersuchungshaft in das ohnedies niedrige Strafmaß bei allen mit dem Angeklagten nicht befreundeten Personen das lebhafteste Befremden erregt, das durch den Umstand nicht ver-

mindert wurde, daß der Verteidiger Revision gegen das Urtheil eingelegt hat, während der Staatsanwalt erst am Ende der Revisionsfrist gegen das Urtheil Rekurs ergriffen hat. —

Die Depesche des „Herold-Telegraphenbureaus“ über die angeblichen Ausfichten auf einen Bergarbeiterstreik verdient eine noch schärfere Kritik, als ihr in der letzten Nummer zu Theil wurde. Wir hatten anfänglich geglaubt, die Marnnachrichten stützten sich auf die Besprechungen einiger belgischen, französischen, deutschen und englischen Bergarbeiter zur Zeit des vorjährigen internationalen Kongresses in Paris — Besprechungen, die über den Rahmen eines Meinungsaustausches nicht hinausgingen. Wir sehen nun aber, daß die Depesche von einem internationalen Bergarbeiter-Kongress spricht, der am 1. März nächsten Jahres in Paris stattfinden und den allgemeinen Streik für den ersten Mai vorbereiten solle. Das ist entschieden Flunkelei. Von internationalen Bergarbeiter-Kongressen ist seit fünfviertel Jahren viel die Rede gewesen, — es hat sogar in Belgien ein sogenannter internationaler Kongress stattgefunden, derselbe verdiente jedoch seinen Namen in keiner Weise. Die französischen Arbeiter-Kongresse in Lille und Calais beschäftigten sich mit der Frage eines internationalen Streiks der Kohlenarbeiter, allein ein solcher Streik wurde nicht beschlossen, und auch kein Kongress zur Vorbereitung eines solchen Streiks: Kurz, der internationale Bergarbeiter-Kongress vom 1. März ist ebenso wie der internationale Bergarbeiter-Streik eine Erfindung, für welche wir zunächst das „Herold-Telegraphenbureau“ verantwortlich machen.

Wie uns mitgetheilt wird, arbeitet in diesem Bureau der satfam bekannte Herr Schneid — was Vieles erklärt. —

In Oesterreich hat dieser Tage ein Antisemitik-Kongress stattgefunden, bei dem auch der deutsche Reichstagsabgeordnete Böckel durch seine Theilnahme zur Erheiterung des urtheilsfähigen Publikums mitgewirkt hat. Bemerkenswerth an diesem Kongresse ist das offene Eingeständniß des Niederganges der antisemitischen Bewegung auch in Oesterreich, wo sie unzweifelhaft große äußere Erfolge bei den Wahlen und bei Territorierung liberaler Versammlungen aufweisen konnte. Als bemerkenswerthes Zeichen des Niederganges ist die Nothwendigkeit, ihr einziges Tagesblatt eingehen zu lassen, zu verzeichnen. — Andererseits macht die Organisation unserer österreichischen Parteigenossen die erfreulichsten Fortschritte. In den letzten Tagen haben statt beidseitigen Kongresse der Bergarbeiter und der Bäcker stattgefunden, denen bekanntlich Kongresse der Tischler, Drechsler, Textilarbeiter und anderer Arbeitergruppen vorangegangen sind, und denen u. a. ein Metallarbeitertag folgen soll. Bemerkenswerth an den Beschlüssen des Bergarbeitertags ist vor allem das warme Eintreten für das allgemeine Wahlrecht, in dem die früher zum großen Theil anarchoistisch gesinnten Bergleute heute als verständige Sozialdemokraten ein überaus werthvolles Kampfmittel erkennen. Erwähnenswerth ist ferner an den Beschlüssen des Bäckertages die Einsetzung einer Kommission zur einheitlichen Organisation der Arbeitseinstellungen im ganzen Lande, so sehen wir auch in Oesterreich politisch und gewerkschaftlich die Arbeiter auf der richtigen Bahn. Auf der einen Seite der Antisemitismus des Kleinbürgertums im Niedergange, auf der anderen der Sozialismus des Proletariats in unaufhaltsamem Fortschreiten — es geht vorwärts. —

Die Revolutionsstimmung im Schweizer Kanton Tessin scheint jetzt ruhiger Ueberlegung gewichen zu sein. Die Bundesregierung hat ihre Truppen aus dem unruhigen Ländchen zurückgezogen und der Kommissär der Regierung, der Oberst Künzli, hat auch das Land verlassen. Anzuerkennen ist jedenfalls das geschickte Vorgehen der Schweizer Regierung, welche durch ein proportionales Vertretung der streitenden Parteien in der obersten Behörde des Landes die Beruhigung der Gemüther und einen vernünftigen Rechtszustand angebahnt hat.

An Willfährigkeit den Großmächten gegenüber fehlt es in der Schweiz leider nicht. Nach erregten Debatten beschloß der Nationalrath mit überwiegender Majorität in die Verabhandlung des vom Ständerath vorgelegten Auslieferungsvertrages einzugehen. Auch mit Anarchistenausweisungen will man neuerdings vorgehen.

Ein vor zwei Jahren aus Männern der verschiedensten sozialen und politischen Stellung gebildetes Initiativkomitee, dem auch Sozialdemokraten angehören, hat, wie der „Baf. Arbeiterfreund“ berichtet, mit dem Entwurf eines Arbeiterinnen-schutz-Gesetzes für den Kanton Zürich fertig gestellt.

Der Entwurf, welcher weiter geht als das entsprechende Gesetz von Baselstadt, bestimmt in der Hauptsache: Dieses Gesetz findet Anwendung auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetze nicht unterstellten Gewerbe und Geschäfte, in welchen weibliche Personen regelmäßig angestellt oder thätig sind. Ausgenommen sind die Wirtschaftsangestellten, die Ladentöchter, sofern dieselben nur zur Bedienung der Käufer verwendet werden, und die eigenen Kinder eines Gewerbe- oder Geschäfts-Inhabers. Die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit soll nicht mehr als 10 Stunden, an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen nicht mehr als 9 Stunden betragen und in die Zeit von Morgens 7 bis Abends 8 Uhr fallen. Ueber die Mittagszeit sind wenigstens 1 1/2 Stunden frei zu geben. Sonntagsarbeit und Arbeit an den Festtagen ist verboten. Mädchen unter 14 Jahren dürfen nicht zu gewerblicher Lohnarbeit verwendet und auch nicht als Lehrling angestellt werden. Allfällige Unterrichtsstunden sind bis auf zwei Stunden täglich in den Maximal-Arbeitszeit mit einzurechnen. Mädchen unter 16 Jahren dürfen nicht mehr als drei Stunden ununterbrochen an Tretramchinen Webnerinnen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen während 8 Wochen nicht beschäftigt werden. Bewilligung zur Verlängerung des Maximal-Arbeitszeites kann von den Statthalterämtern auf schriftliches Gesuch hin ertheilt werden, aber nicht über 10 Uhr Nachts hinaus und nicht für länger als 8 Tage. Der verlängerte Arbeitstag darf niemals mehr als 12 Stunden betragen. Die Bewilligung darf nicht ertheilt werden für Schwangere und Mädchen unter 19 Jahren, und für andere nur, wenn sie für die Arbeitszeit entsprechend bezahlt werden und mit derselben einverstanden sind. Für mehr als 8 Tage

in einem Monate darf Ueberzeit-Bewilligung nicht ertheilt werden. Die Bewilligungen zur Ueberzeit-Arbeit sind im Arbeitslokal anzuschlagen. Die Kündigung darf nur auf einen Sonnabend oder Jahrtag erfolgen und beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage, wenn nicht bezüglich ihrer Dauer in schriftlicher Uebereinkunft etwas Anderes bestimmt ist. Ohne Beobachtung der Kündigung kann das Dienstverhältniß nur aus wichtigen Gründen aufgelöst werden (Art. 346 des O. R.). Sofern nicht Monats- oder Jahresanstellung vorliegt, muß der Lohn mindestens alle 14 Tage in gesetzlichen Münzsorten ausbezahlt werden. Lohnabzüge und Bußen sind unstatthaft; ein allfälliger Defompte darf die Hälfte eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen. Die Arbeitsräume müssen geräumig, trocken, hell und leicht ventilirbar sein. Uebertragung des Gesetzes wird mit 5-500 Fr. Buße bedroht. —

Italien sieht wieder unter dem Zeichen der Ministerkrise. Obgleich es uns gleichgültig sein kann, wenn von nun an statt des Herrn Giolitti Herr Crimaldi die italienischen Despatches verantwortet, so erwähnen wir doch die Thatsache, weil sie in bemerkenswerthem Widerspruch zu der in die ganze Welt hinausposaunten Meldung von der Stärkung des Kabinetts Crispi durch die letzten Wahlen steht. —

Herr Parnell widmet sich jetzt mit aller Kraft der nicht gerade sehr patriotischen Arbeit, Alles zu zerstören, was er — vermeintlich und wirklich — geschaffen. Er ist nach Irland geeilt, um an die Volksmassen gegen die parlamentarische Majorität zu appelliren. In Erfolg wird es ihm nicht fehlen, allein je größer sein Erfolg, desto gründlicher der Ruin seiner Partei. Die großen Fortschritte, welche die irische Emanzipations-Bewegung in dem letzten Jahrzehnt gemacht, waren wesentlich dem Zusammengehen mit den englischen Liberalen und Radikalen unter Gladstone's Führung zu verdanken. Und dieses Zusammengehen macht Parnell durch sein hartnäckiges Festhalten an der Majorität unmöglich; und treibt er das jetzige Spiel noch eine Zeit lang fort, so wird es überhaupt bald keine irische Parlamentspartei mehr geben, mit welcher die englischen Parteien zu rechnen haben. In die Spitze einer die Interessen Gesamt-Irlands vertretenden Partei kommt Parnell nicht mehr — zur Schaffung einer neuen radikalen Partei fehlt ihm das Zeug — er kann nur noch zerstören. —

Bei der im Pariser Oratorium abgehaltenen Trauerfeier für den verstorbenen König von Holland wurde unter die Anwesenden nachstehende Proklamation in holländischer und französischer Sprache vertheilt:

„Batavische Republik (Jahr 96). Die niederländischen Patrioten, welche durch Heerlust und Ueberlieferung der Republik der Vereinigten Niederlande treu bleiben, die ebendem trotz Tyrannie und Verrath durch Blut besiegt wurde, erheben feierliche Einsprache gegen die offenkundige Verletzung der heimischen Verfassung durch die Einsetzung einer fremdbländischen Regentin; sie erklären für null und nichtig die Einsetzung angehängt der mit langer Hand vorbereiteten Verhandlungen durch die fremdbländischen Erbsolge-Gesetze und das Personalstatut, über welches das Volk nicht zu Rathe gezogen wurde; sie machen die europäischen Mächte und alle Staaten aufmerksam auf die verkappte Annerktion, die sich vollzieht.  
Sie werden das Verbrechen des Hochverraths an den vereinigten Provinzen, die verkauft, verheimlicht und dem Fremden ausgeliefert werden sollen, nicht zulassen.  
Alter niederländischer Löwe, schüttle deine Mähne!  
Patrioten, ergreift eure Bissen und erinnert euch!  
Hurrah! Für das Vaterland, für die Freiheit!  
Berg-op-Joom, 8. Dezember 1890.  
Im Namen der Delegirten: A. G. v. Winter.“

Wie in den Ostsee-Provinzen so wird auch in Finnland das Verrückungswerk mit wachsender Brutalität betrieben. Ein Stück der alten Freiheiten nach dem anderen wird dem Volke entzogen. Daß es sich dabei um verbriefte, vertragsmäßig festgestellte Rechte handelt — Finnland gehörte früher bekanntlich zu Schweden — das kümmert das biederere Väterchen nicht. Nach der Regel russischer Staatskunst — eine Regel, die freilich auch für die nicht russische Diplomatie gilt — sind Verträge, Versprechen und Eide nur dazu da, um gebrochen zu werden. „Väterchen“ kann in seinem „Heiligen Rusland“ keine Ausnahmen dulden — Alle müssen gleichmäßig Sklaven sein, Alle gleichmäßig die zarische Sklavenuniform tragen, und da „Väterchen“ augenblicklich durch höhere Gewalt daran verhindert ist, Eroberungen nach Rußens zu machen, begnügt er sich bis auf Weiteres mit diesen Eroberungen im Innern, durch welche die Einheitlichkeit des Reiches gefestigt und dasselbe für künftige Kriege gestärkt werden soll. —

Neueste Nachrichten. In einem unzweifelhaft auf den Exkanzler zurückzuführenden Artikel der „Hamburger Nachrichten“ wird die Verantwortlichkeit für die Stempelsteuer den Justiz- und Finanzministern und den „Stellen“ zugeschoben, von welchen der Nachschuß, ohne beauftragt zu sein, erfolgt ist. Natürlich hat die Sache hiermit nicht ihr Ende erreicht. Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen, sobald der betreffende Artikel seinem vollen Wortlaute nach vorliegt. —

Aus den Vereinigten Staaten kommen Nachrichten von zahlreichen Bankrotten, die sämtlich auf den Baring-Fall zurückgeführt werden. Die Krise ist eben chronisch geworden. —

Bern, den 9. Dezember. Der Nationalrath hat den Artikel 10 des Auslieferungsgesetzes betreffend vorwiegend politische oder vorwiegend gemeine Verbrechen mit 77 gegen 29 resp. mit 58 gegen 54 Stimmen angenommen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Bei Aufträgen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Brieflich Antwort wird nicht ertheilt.

Abonnent W. R., Diedenhofenerstraße, fügt an, ob von den Lesern des „Berliner Volksblattes“ jemand im Stande ist, ihm den jetzigen Aufenthalt des Schuhmachergesellen Fritz Wessel, genannt Dittmaier, geb. am 27. Juni 1852, zu Anklam, zu geben. Wilhelm Kirchheim, Diedenhofenerstr. 10.  
Sch. Ihre Annonce kostet 6 M.  
Berger, Neu-Weißensee. Wir bitten uns anzugeben, wann die Versammlung stattfinden soll.

Für die hiesigen Abonnenten liegt der heutigen Nummer ein Prospekt der Brauerei Germania, Berlin N., Lagerhof, bei.



**Theater.**

Mittwoch, den 10. Dezember.  
**Opernhaus.** Oberon, König der Elfen. Die Recitative.  
**Schauspielhaus.** Eine neue Welt.  
**Lesing-Theater.** Die Augen der Liebe. Hierauf: Der Vielgeliebte.  
**Berliner Theater.** Goldfische.  
**Deutsches Theater.** Die Kinder der Erzellen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt Theater.** Bettelstudent. Sonne und Erde.  
**Wallner-Theater.** In Hemdsärmeln. Pension Schöllers.  
**Kessiden-Theater.** Der Kampf ums Dasein.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Pellealliance-Theater.** Familie Knidmeyer.  
**Abend-Theater.** Vor Sonnenaufgang.  
**Thomas-Theater.** Der Soldatenfreund.  
**Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans.  
**Bürgerliches Schauspielhaus.** Der Eisonkel.  
**Hausmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Circus Renz.**

Karlstraße.  
 Mittwoch, den 10. Dezember, Abends 7 Uhr:  
**Reiter-Gala-Vorstellung.**  
 Auf vielseitiges Verlangen zum 1. Male in der Saison:  
**Die lustigen Heidelberger**  
 oder: Ein Studenten-Ausflug mit Hindernissen.  
 Große Original-Pantomime, neu arrang. u. inszeniert vom Direktor E. Renz.  
 Hippolog. Potpourri (Non plus ultra der Pferdedressur) mit 40 der best dress. Freizeitspferde, arrang. von Herrn Franz Renz. Eine Fahnen-Quadrille, geritten von 16 Damen. 4fache Fahrschule, ger. v. 4 Herren mit 8 Schulpferden. **Jeu de la rose**, ger. v. Fel. Clotilde Hager und Miss Billie Meers. Der phänomenale Reitanfänger Mr. J. F. Clarke. Miss Zelia Zampa, amerikanische Leistungsgymnastin. Außer der Reitanfängerinnen Fräulein Jephora u. Min. Bradbury, des Jockeyreiters Mr. Burnell Pitts, sowie tomische Entrees u. Intermezze von sämtlichen Clowns.  
 Morgen: Vorstellung.  
**E. Renz, Direktor.**

**Achtung! Achtung! Circus G. Schumann.**

Friedrich-Karl-Str.  
**Der Circus ist gut geheist!**  
 Mittwoch, den 10. Dezember 1890, Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Brillant-Vorstellung,**  
 bestehend aus 12 der besten Repertoire-Nummern zusammengef. Programm.  
**Gr. Sensation der Neuzeit!**  
 Mit großen Kosten und Schwierigkeiten direkt von London engagiert.  
**Nur 20 Aufführungen!**  
 Zum 5. Male:

In Berlin noch nicht dagewesen!  
 Wunderbares u. überraschend tomisches Land- und Wasser-Schauspiel:  
**Eine ländl. Hochzeit.**  
 Große tomische, equestrische Pantomime mit Ballet, arrangiert vom Direktor G. Schumann. In Szene gefeiert und Maschinerien von Brothels Mansell. Ballet vom Balletmeister A. Kihlberg.  
**Natürliches Wasser.**  
 Natürliche Ruderboote u. Dampfboote. — Gr. Heiterkeitserfolg.  
**Ein Triumph der Nachahmung des Natürlichen.**  
 150 Sonnen Wasser überfluten in einer Minute die Manege.  
**Spezialität!**

**Die Wassernymphen,**  
 dargestellt von den bestrenommierten Schwimmlünstlerinnen Geschw. Boyce, sowie Miss Jackson u. Perceval.  
 Morgen: Große Vorstellung. Zum 6. Male: Die großartige Wasser-Pantomime: Eine ländliche Hochzeit.

**Evorabräu!**

vom Fass à Glas 10 Pfg.  
 Warme Speisen zu jeder Tageszeit empfiehlt **Otto Linke,** Försterstr. 45.  
**Vereinzimmer** für einige Tage in der Woche zu vergeben. 883  
 Ein Vereinzimmer für Leseklubs, Gewerkschaftsversammlung, Zahlstellen vorzüglich geeignet empfiehlt **A. Biesenthal,** Wiener-Str. 31.  
**Zimmer** für Vereine und Zahlstellen sind z. verg. Simeonstr. 23.  
**180 Oranienstraße 180.**  
 Empfehle meine 3 Säle an Vereine, Gesellschaften und zu Versammlungen. 1811 **Hoffmann.**

**Kalauer Abendrot.**  
 Jeden Abend: 128  
**Pellkartoffeln mit Weinöl.**  
**Breslauer Strasse 27.**  
 Restaurant zum Ambos.

**Geschäftshaus S. Heine**

Chausseestr. 14.  
**Weihnachtsmesse!**  
 Auslage von Neuheiten in **Kleiderstoffen** für die Frühjahrs-Saison 1891.  
**Ausverkauf Lagerbeständen** zu bedeut. herabgesetzten Preisen!  
 Die **schönsten Kinderkleider** für Mädchen jeden Alters, sowie Morgensätze, Unterröcke, **Ericottailen, Schürzen etc.** auch im Einzelverkauf sehr billig!  
 Waarebestellungen prompt!  
**Geschäftshaus S. Heine.**

Unserem Kollegen **August Kirmes** zu seinem Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch. August merkte nicht? 2041 Die Kollegen u. ihr Publikum.

Unserem Kollegen **Mahnke u. Wutzler** zu ihrem heutigen Geburtstage ein donnerndes Hoch, daß die ganze Förstler Schweiz wackelt und das Ritzdorfer Kuhviertel zu Grunde geht. 2050 Die Erfinder des Drehwurms.

**Gr. Mitglieder-Versammlung des Vereins der Plätterinnen u. verw. Berufsge nossen**

**Donnerstag, d. 11. Dezember, Abends 8 Uhr,**  
 in **Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Die Handlungsweise der Herren Sternberg jr. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Unser Maskenball. 4. Verschiedenes.  
 Zu dieser Versammlung sind die Plätterinnen von der Firma Sternberg jr. und von der Firma Salomon Mosse speziell eingeladen. Ferner macht der Vorstand die Mitglieder ganz besonders auf Punkt 1 unserer Tagesordnung aufmerksam und bittet um zahlreichen Besuch. 2043

Ich erkläre hiermit Herrn A. Zisch als Ehrenmann. **F. Struck.** 2060

**In Unfallsachen**

übernimmt der Unterzeichnete die Behandlung von **Berufungen beim Schiedsgericht oder Rekursklagen beim Reichs-Versicherungsamt,** und kann den Arbeitnehmern als früherer Berufsgenossenschafts-Beamteter **sachgemässe und wirksame Unterstützung** bei Berechnung billiger Preise zusichern. 954

**H. Balz,**  
 Kunstinsbureau in Reichs-Versicherungs-Angelegenheiten.  
 Berlin SO, Na.-mynstr. 23.

**Möbel, Spiegel und Polsterwaren.**  
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.  
**Fabrik. Emil Heyn,**  
 Brunnenstraße 29, Hof parterre.  
 Teilzahlung nach Uebereinkunft.

**Franz Schmid**

Juwelier  
**Alexandersir. 38a**  
 gegenüber dem Polizeipräsidium empfiehlt sein  
 großes Juwelen-, Gold-, Silber- und **Alfenide-Lager** der bedeutendsten Fabriken zu **soliden Preisen.**  
 Werkstatt für Neuarbeiten und Reparaturen!

**Winter- Paletots und Anzüge**

bei billigen Preisen empfiehlt das bekannte **Herren- und Knaben-Garderobe-Geschäft** von **Julius Lindenbaum**  
**Große Frankfurterstr. 139.**  
 Spezialität: Anfertigung nach Maß und Arbeitsachen.  
 (Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten!)

**Jede Uhr**

zu reparieren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens **nur 1 M. 50 Pf.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 52 **E. Rothert & Stolz,** Uhrmacher, **Andreasstr. 62, Chausseestr. 78, Alte Schönhauserstr. 25.**

**Artistisch-Photographisches Atelier**

von **Carl Graefe,**  
 Berlin S., Prinzenstraße 11,  
 empfiehlt sich den Freunden und Parteigenossen zur Aufnahme von Portraits, Gruppen, Landschaft u. Reproduktionen. Spez.: Vereine u. Gewerkschaftsgruppen.  
**Weihnachts-Aufträge** bitte zu beschleunigen.

**Nothabak A. Goldschmidt,**

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage belänlich **Größte Auswahl. Garantiert scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nothabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Ladeischen Markt. 1748

**Achtung, Drahtarbeiter!**

In der Drahtwaaren- und Siebfabrik von **C. W. Ritzmann,** Rethbuserstr. 19, sind sämtliche Kollegen gemajregelt worden. **Zuzug fern halten!** 2066

**Achtung! Achtung! Buchdruckerei-Hilfsarbeiter.**

Wegen Lohn Differenzen hat das **Hilfspersonal von Mosse** (Berl. Tagebl.) die Arbeit eingestellt. **Zuzug ist fern zu halten.**

**Große öffentliche Versammlung der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umg.**

am **Donnerstag, den 11. Dezember cr., Abends 8 Uhr,** in **Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79, 1 Tr.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
 2. Der Streik der Hilfsarbeiter in der Buchdruckerei Mosse. Ref. O. Krüger.  
 3. Diskussion. — Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten Tellerfassung. **Der Einberufer.**

**Öffentliche Versammlung sämtl. Metallarbeiter in Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen**

am **Donnerstag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr,** bei **Zemler, Münzstr. 11.**  
**Tagesordnung:** 1. Bericht der Delegierten der Berliner Streik-Kontrollkommission. 2. Wahl von Delegierten zu dem am Sonntag, den 28. Dezember, in Berlin stattfindenden Delegiertentag der Metallarbeiter Brandenburgs. 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

**Große öffentliche Versammlung sämtl. arbeitsl. Maler u. Anstreicher Berlins und Umgegend**

am **Donnerstag, den 11. Dezember cr., Vormittags 10 Uhr,** in **Joel's Salon, Andreasstr. 21.**  
**Tagesordnung:**  
 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Ref. Herr Reichstagsabgeordneter **Ulrich.** Der Vertrauensmann: **Otto Pusch.**

**Fachverein d. Tischler, Norden,**

**Große Versammlung**  
 am **Mittwoch, den 10. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,** im Lokale des Herrn Schröder, Müllerstr. 178.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Herrn Schöple über „Thomas Moore“. 2. Diskussion.  
 3. Die Bedeutung der Beschlüsse der Berliner Tischler in Bezug auf die Arbeitszeit. 4. Verschiedenes und Fragelasten.  
 Ganz besonders zu dieser Versammlung sind alle Modelltischler Berlin und die Kollegen vom Gesundbrunnen eingeladen. Es ist jeder Kollege verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen. **Der Bevollmächtigte.**

**Holz- und Bretterträger.**

**Versammlung**  
 am **Donnerstag, den 11. d. Mts., Abends 8 Uhr,** Oranienstr. Nr. 180.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

**Fachverein der Tischler.**

**Freitag, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr,** in **Orschel's Salon, Sebastianstrasse No. 39!**  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Antrag König u. Genossen und verschiedene Anträge, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten. Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Am 1. Weihnachtsfeiertag, **Vormittags 11 Uhr,** im „Konzerthaus Sanssouci“, Rottbuscherstraße Nr. 48:  
**Matinée.**

Am 3. Weihnachtsfeiertag bei Lips am Friedrichshain,  
**Nachmittags 5 Uhr:**

**Concert, Gesangsvorträge, Kinder-Weihnachtsbescheerung u. Ball.**

Billets sind auf allen Zahlstellen des Vereins und bei folgenden Vereinstageliedern zu haben:  
 Apelt, Sebastianstr. 27/28; Gerike, Luisenstr. 52, 3 Tr.; Wiedemann, Wendenstraße 2, vorn 4 Tr.; Wende, Wienerstr. 37, vorn 2 Tr.; Wischer, Grimmstr. 38, v. i. Keller; Felt, Stallschreiberstr. 48a; Ronien, Kreuzbergstr. 42, v. 4 Tr.; Ahrens, Rottbuscherstr. 6a, v. 4 Tr.; Schulz, Reichbergerstraße 161, v. 2 Tr.; Hoffmann, Straußbergerstr. 36, Hof 4 Tr.; Rombold, Dieffenbachstr. 70, vorn 2 Tr. bei Nebelke; Polengowski, Rossenerstr. 20, Hof part.; Witte, Invalidenstr. 21, v. 2 Tr.; Leuz, Dieffenbachstr. 67, v. 1 Tr. bei Walther; Rede, Frobenstr. 18, Hof 3 Tr. bei Schirmer; Boian, Wienerstraße 30, v. 4 Tr.; Meyer, Invalidenstr. 87, Hof 2 Tr.; Prose, Ritzdorferstr. 114, 1 Tr.; A. Schmidt, Gräuner Weg 105; J. Lührich, Chausseestr. 76, v. 4 Tr.; Wenzscheider, Sorauerstr. 27; Rosenfeld, Neu-Weihenstraße Langhansstr. 100; E. Peters, Treskowstr. 29a; Hänsler, Schulstr. 51; Bogosch, Friedenstraße 89, 3 Tr.; Hein (Neu-Weihensee), Charlottenstraße Nr. 156; Reichert, Fürbringerstr. 25, Hof L. 2 Tr.; Brubns, Wangelfstr. 61; Pogel, Brückerstr. 40; Stens, Görlitzerstr. 71; Grunert, Mantuffelstr. 64, 2. Hof 4 Tr.; Koblentz, Adalbertstraße 96; Franz, Chorinerstr. 18.

**R. Kohlhardt, Buchhandlung,** part. 34, Mariannenstr. 34, part., empfiehlt sein großes Lager von **Spielwaren, sowie sämtliche Leder- und Schreibwaren.** 2061

**Englischer Garten.**

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.  
**Clara Conrad,** Sieder- und Balsängerin.  
**Jenny Reimann,** Kostüm-Soubrette.  
**Mr. Samitti** mit seinen dressierten Hunden.  
**Mr. O. Worch,** Produktionen an römischen Ringen.  
**Max Menzel,** Gefangskomiker.  
**Mr. Koberstein,** Malabarist.  
 Anfang Wochentags 8 Uhr.  
 Sonntags 5 1/2 Uhr.  
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

**Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.**

Täglich:  
**Grosses Concert.**  
 Direktion **A. Ködman.**  
 Dienstag und Freitag: **Walzer-Abend.**  
**Entree** Wochentags 10 Pfg., Sonn- und Festtags 25 Pfg.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausschank von **Bayenbier**, Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
**F. Müller.**

**Gratweil'sche Bierhallen**

Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert** mit **Quartett-Sängern,** ausgeführt von dem Musik-Direktor **G. Sanftleben.**  
**Wochentags: Frei-Concert.**  
 Sonntags Entree 20 Pf.  
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
**F. Sadtke.**

**Passage-Panopticum.**

Unter den Linden 22/23. 1742  
**Lebensgroße Wachsfiguren.**  
**Panoramen.**  
**Dioramen.**  
 Ethnographische Sammlungen.  
 Italienische Volksfänger.  
**Entree 50 Pf.**  
 Geöffnet von 10 bis 9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**

**Entree 50 Pfg., Kinder 25 Pfg.**  
 8, 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.  
**Amazonen-Corps**  
 Vorstellung **Vorn. 11 1/2 u. 12 1/2 Uhr.**  
 Nachm. v. 4 1/2-9 1/2 Uhr stündl. eine Vorstellung.  
**Extra-Entree 30 Pfg.**  
 Kinder frei.

**Neu. City-Passage. Neu.**

**Dresdener-Strasse 52.**  
 1815 Täglich:  
**Rudolf Förster-Konzert.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.

**Buss' Salon,**

Gr. Frankfurter-Strasse 85.  
 Matinee (2. Feiertag) u. 1. Febr.-Sonntagabend frei gew. u. anderw. z. vergeben.







ruffischen Schweinen 30 Tausend waren. (Hört! rechts.) Was mich zum Sprechen veranlaßt, sind die Bemerkungen des Vordrängers über die Invalidenversicherung; er hat bemängelt, daß die Regierung das Gesetz zum 1. Januar 1891 in Kraft setzen will, er hat das Gesetz selbst bemängelt und es als ein Gesetz bezeichnet, welches Unzufriedenheit hervorruft. Ich bin der Ansicht, daß das Gesetz manche Verbesserungen wird erfahren können, aber ich halte es für einen ersten Schritt auf einer segensreichen Bahn. Wenn das Haus und die Regierungen nicht derselben Ansicht gewesen wären, dann würde das Gesetz nicht zu Stande gekommen sein. Ueber die Schwierigkeiten der Ausführung desselben sind wir uns keinen Augenblick im Unklaren gewesen; es werden die höchsten Forderungen an die ausführenden Beamten gestellt werden. Wir müssen diese Anforderungen stellen, um diese Wohlthat dem Volke nicht einen Tag länger vorzuenthalten, als notwendig ist. Herr Richter hat sich oft der Militärinvaliden angenommen, ich wünsche, daß er sich auch der Invaliden der Arbeit mit derselben Wärme annähme, dann würde er sich mit mir freuen, wenn der erste Arbeiter eine Pension erhält. Herr Richter hat schließlich gemunkelt von neuen Forderungen für das Militär; ich weiß nicht, woher er es hat; jedenfalls müssen seine Quellen sehr schlecht sein, denn mit der Vermehrung der Militärausgaben ist es gar nichts. (Beifall.)

**Abg. Gebel:** Das Budget ist im Wesentlichen abhängig von der Richtung unserer ganzen wirtschaftlichen und politischen Zustände. Von Seiten der Staatsregierung und der maßgebenden Parteien wird der Versuch gemacht, die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir können uns darüber nur freuen, denn es wird dadurch unsere Machtstellung dokumentiert. Sind unsere Theorien unrichtig, so werden wir in dem Kampfe unterliegen; sind sie richtig, so werden Ihnen alle Gegenbestrebungen nicht helfen und der ganze Staat und wirtschaftliche Körper schließlich doch in unsere Hand kommen. Ich gehöre nicht zu den Verteidigern des Invaliditätsgesetzes, und unsere Partei hat gegen das Gesetz gestimmt, nicht weil wir das Prinzip desselben für falsch hielten, sondern weil die Leistungen desselben für den deutschen Arbeiter im Gegensatz stehen zu den Opfern, die er aufbringen muß, wir müssen aber anerkennen, daß das Reich mit diesem Gesetz einen Weg betreten muß, den die moderne Entwicklung notwendig nimmt. Und wenn der Abg. Richter glaubt, daß wir wieder in die frühere Periode des „laissez aller, laissez faire“ kommen, so befindet er sich in einem gewaltigen Irrthum. Allerdings ist das Invaliditätsgesetz nur ein erster Schritt, aber Sie werden weiter gedrängt werden. Die allgemeine wirtschaftliche Krise, die gegenwärtig wieder im Anzuge ist, wird gewiß eine Dauer und Härte annehmen, wie sie früher nicht dagewesen ist. Diese fortwährenden Erschütterungen des wirtschaftlichen Organismus weisen darauf hin, daß mit den gegenwärtigen Mitteln der Staat und die gesellschaftliche Ordnung nicht weiter zu erhalten sind. Wenn darauf hingewiesen ist, daß gegenwärtig die auswärtige Politik etwas langweilig geworden sei und daß kein trübendes Böllchen am Himmel stünde, so sehen wir trotzdem die fortgesetzten Ansprüche der Militärverwaltung und militärischen Rüstungen und Vorbereitungen zu dem späteren Kampf, der ungeheuren Dimensionen anzunehmen droht. Während wir im Verkehr, Gewerbewesen, Industrie, Handel und Wissenschaft zwischen den verschiedenen Nationen allmählich ein freundschaftliches Verhältnis sich anbahnen sehen, erblicken wir im politischen Leben eine Abschlüpfung, einen Nationalitätskampf, der die gegenseitigen Rüstungen ins Riesenhafte steigern muß. Ohne tiefergehende Gegenläufe im sozialen und ökonomischen Leben bei allen Kulturvölkern wären solche politischen Mißverhältnisse nicht möglich. Nur eine Gesellschaftsklasse giebt es, die in allen Ländern zum gemeinsamen Frieden ruft, die Arbeiterklasse. Auch das französische Bürgerthum vor 100 Jahren gab uns Versicherungen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und wir haben ja vor einigen Tagen aus einem ganz hervorragenden Munde gehört, daß unsere ganze Entwicklung auf der französischen Revolution beruhen soll. Der größte Theil der damaligen Versprechungen ist nicht in Erfüllung gegangen. Nicht in Erfüllung gehen wird auch das Wort, das nachstens von allen Kanzeln und Verkündet werden wird: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Die Feindseligkeit der Menschen hat Dimensionen angenommen wie nie zuvor. In unserem Budget dokumentieren das besonders die Ausgaben für das Heerwesen. In dem Etat von 1887/88, als auch bereits die neue Heeresvermehrung eingetreten war, beliefen sich die Ausgaben für das Reichsheer auf 359 Millionen Mark. Diesmal fordert der Antrag 412 Millionen Mark; also ein Plus von 53 Millionen Mark. Eine ähnliche Steigerung zeigt die Marine von 39 Millionen Mark im Jahre 1887/88 auf 43 Millionen Mark, und wir sind noch lange nicht am Ziele. Der Pensionsfonds ist seit 1887/88 von 26 Millionen auf 41 Millionen Mark gewachsen. Naturgemäß müssen deshalb die Ausgaben für die Bezahlung in gleicher Weise wachsen; 1887/88: 21 Millionen Mark; heute: 29 1/4 Millionen Mark. Es weisen also diese vier verschiedenen Budgetposten innerhalb der letzten fünf Jahre eine Vermehrung der laufenden Ausgaben um 104 Millionen Mark auf. Die einmaligen Ausgaben haben in den letzten fünf Jahren die Summe von 940 Millionen erreicht. Wie ist es nun möglich, daß eine solche fortgesetzte Steigerung der Ausgaben und damit auch der Steuerlast des Volkes nicht den allgemeinen Unwillen des Landes und des Gesetzgebers erregt dadurch, daß die herrschenden Klassen, die hier durch ihre Vertreter vorzugsweise das Wort führen, nicht in dem gleichen Maße zu den Lasten beitragen wie die ungeheure Majorität der Bevölkerung, besonders der Arbeiter? Nicht allein die Einkommensteuer, sondern auch die Umsatzsteuer wird vorzugsweise von den arbeitenden Klassen getragen. Das Einjährigfreiwilligen-System spricht für das letztere. Unser bestehendes Steuersystem lastet nicht allein auf den Arbeitern, sondern es giebt den bestehenden Klassen auch materielle Vortheile. Unsere ganze Steuerförmgebung ist eben eine Klassengesetzgebung der allerhöchsten Art. Vortheile für die Reichen, Lasten für die Armen. Unter den Haupteinnahmen befinden sich 514 Millionen Mark Zölle, und auch diese Summe ist noch bedeutend zu niedrig veranschlagt. 1887/88 betragen sie nur 251 Millionen Mark. Welche Zustände durch unsere gegenwärtige Zollgesetzgebung ermöglicht worden sind, zeigt ein Jahresbericht des Hörter Berg- und Hüttenvereins. Das Werk hat von dem Abgang im Inlande einen Ueberschuß von 600 000 M., der aber bis auf 240 000 M. sich verflüchtigt hat, weil man nach dem Auslande mit 360 000 M. Schaden zu verkaufen für gut befunden hat. Die königliche Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. zahlte 145 M. für die Eisenbahnschienen, während Krupp an die rumänische Bahn frei Galatz mit ungefähr 112 M. verkauft. Die Zuckersteuer ermöglicht, daß dem Fabrikanten bei der Ausfuhr 30 Millionen Mark mehr gezahlt werden, als sie an Steuer entrichten. Selbst wenn der schon etwas gerechtere neue Gesetzesentwurf zu Stande kommt, wird jeder unserer 400 Zuckerfabriken noch immer jährlich eine Summe von 37 500 M. aus den Mitteln der Steuerzahler zugezahlt werden. Die außerordentlichen Prämien infolge der differenziellen Besteuerung der Brauntwein-Brennereien belaufen sich auf 20 Millionen Mark. Der Ertrag der Salzteuer ist nicht in dem Maße, wie es die Zunahme der Bevölkerung erweist, gewachsen. Der Grund dafür liegt in einem Salzringe, der wiederum nur den reichen Klassen auf Kosten der Armen zu Gute kommt. Während man fastbätig Millionen über Millionen auf die Schultern der arbeitenden Klassen häuft, wird einem der reichsten Leute Deutschlands, einem der Träger unserer wirtschaftlichen Politik, für die Gründung eines Fideikommisses der Stempel von 250 000 M. erlassen. Unter den steigenden Einnahmen der Böhle stehen in erster Linie die Getreidezölle. 1888 brachten sie nur 16 1/2 Millionen, im letzten Jahre rund 100 Millionen. Der Herr Schatzsekretär hat erwähnt, daß noch in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ein

Mehrertrag von vier Millionen zu verzeichnen ist. Die Folge unserer Zollpolitik ist, daß der Arbeiter, statt Brot und Fleisch zu genießen, zur Kartoffel greifen muß. So lange Sie also den geschiederten einseitigen Charakter der bestehenden Klassengesetzgebung aufrecht erhalten, werden Sie nicht daran denken können, mit der Sozialdemokratie fertig zu werden. Denn gerade solche Zustände sind der eigentliche Nährboden für deren Bestrebungen. Wir haben uns bisher immer absehnend gegen das Budget verhalten, denn wir können nicht Ausgabebewilligen, die auf eine so ungerechte Art aufgebracht sind. In Preußen wird jetzt der Versuch gemacht, die reicheren Klassen durch ein neues Einkommen- und Erbschaftsteuer-Gesetz heranzuziehen, weil man auch innerhalb der Staatsregierung nicht mehr die bestehenden Ungerechtigkeiten zu leugnen vermag. Wir sehen eine dreiprozentige Einkommensteuer noch als durchaus ungenügend an. Da der Arbeiter an indirekten Steuern 10, 12 1/2, 15, ja bei einer zahlreichen Familie 20 pCt. seines Einkommens zahlen muß, ist eine Einkommensteuer von 3 pCt. kaum eine Anstandssteuer. Die Kritik, die das Erbschaft-Steuer-Gesetz im Abgeordnetenhaus erfahren hat, zeigt uns aber, wie wenig man geneigt ist, eine gerechtere Besteuerung der Reichen einzutreten zu lassen. Finanzminister Miquel hat das Erbschaftsteuer-Gesetz als ein Korrelat für die Einkommensteuer betrachtet, weil allein durch eine Erbschaftsteuer die richtige Besteuerung des Erbschafters festgestellt werden könne. Die Ablehnung der Erbschaftsteuer würde zeigen, daß man von Seiten der herrschenden Klassen eine gerechtere Einschätzung nicht wünscht. Auf Staatsrechte machen die herrschenden Klassen fortgesetzt Anspruch, die Staatspflichten überlassen sie dem Arbeiter. Wo kann da von einer ausgleichenden Gerechtigkeit die Rede sein? Wir werden zwar denjenigen Punkten des Etat, die Kulturinteressen fördern, zustimmen, aber den ganzen Etat, der im Grunde kultur- und menschheitsfeindlich ist, ablehnen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Richter wird die weitere Verhandlung nach 4 Uhr auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

## Parlamentarisches.

Neunte Sitzung der Petitions-Kommission am 9. Dezember 1890.

Der heutigen Sitzung liegen 10 Petitionen zur Berathung und Beschlußfassung vor, wovon wir folgendes hervorheben: Zu den zwei Petitionen, Geheimmittelnwesen betr., ist der Regierungskommissar Herr Geh. Reg.-Rath Dr. Hopf zur Berathung zugezogen worden.

**Ref. Abg. Stephan:** Schon in der vorigen Session lagen zwei solche Petitionen vor. Gefordert wird: Die öffentliche Anpreisung und Ankündigung von Geheimmitteln soll verboten werden; der Verkauf von Geheimmitteln in den Apotheken sei einzuschränken, und dementsprechend gesetzlich vorzugehen. Der Regierungskommissar gab zur Petition ein einschränkendes Votum, man ging zur Tagesordnung über. Die vorliegenden Petitionen schließen sich inhaltlich den früheren an. Ein Petent klagt, daß er wegen Verkauf von Stollwerk'schen Brustbonbons und Kräuterbonig gerichtlich verurtheilt, wegen Verkauf von Brand'schen Schweizerpillen und Behörol freigesprochen sei.

**Reg.-Komm. Dr. Hopf:** Die vorliegende Petition richtet sich gegen eine Polizeiverordnung. Die Verhandlungen über die Geheimmittel-Frage sind in der Regierung vorgerückt. Die kaiserliche Verordnung vom 27. Januar a. cr. trifft die Sache. Der Gifthandel müsse noch mehr berücksichtigt werden und sind diesbezügliche Verhandlungen in der Regierung im Gange. Spezialvorschriften für das Geheimmittelnwesen seien nicht in Aussicht genommen. Den Handel, der im Drogen-gewerbe getrieben sei, könne man nicht gut einschränken. Es sollen nach den Wünschen der Petenten nur Auswüchse getroffen werden; mit einer Spezialisirung könnte man bei der Beseitigung des Schadens auch viel Gutes treffen.

**Abg. Stephan** ist dafür, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Das Insektionswesen in Bezug auf Geheimmittel-Anpreisung erfordert eine Regelung.

**Abg. v. Kehler** will die Angelegenheit der Regierung ohne ein solches Votum anheimgeben.

**Abg. Münd:** Man müsse der Regierung das Material an die Hand geben und für Berücksichtigung stimmen.

**Abg. v. Kehler:** Was die Petition besagt, kennt die Regierung.

**Abg. v. Scipio** schließt sich dem an.

**Abg. v. Gutschinsky** hebt den Werth der gerichtlichen Entscheidungen hervor und beantragt, die Petition der Regierung als Material zu überweisen.

**Beschlossen:** Schriftlicher Bericht an das Plenum mit dem Antrag v. Gutschinsky.

Ferner liegt eine Petition der Wähler von Merseburg vor, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend.

**Referent Abg. Dr. Schardier:** Zwei Duzend Fälle zählt die Petition auf, in denen durch Amtsdorfsleiter Wahlversammlungen durch Saalabtreibung verhindert worden seien.

**Abg. Geyer** beantragt Duzugleichung eines Regierungskommissars, um, wenn die Sache so liegt, wie das Petition behauptet, die Regierung dazu Stellung nehmen zu lassen.

**Abg. Frohne** ist für Erörterung im Plenum. Die Saalabtreibung sei geradezu zu grobem Unfug ausgeartet. Das Koalitions- und Versammlungsrecht werde dadurch in Frage gestellt. Wenn man den geistigen Kampf gegen die Sozialdemokratie wolle, müsse man solche Kleinliche und noch dazu gescheiterte Mittel beiseite lassen.

**Regierungskommissar** Ger. Assessor **Kobolski:** Die Regierung hat keine Maßregeln in Aussicht genommen.

**Abg. Dr. Schardier:** Dann bin ich für das Votum des Korreferenten, Herrn Frohne. Das Versammlungsrecht für Reichstags-Wahlen wird sonst in Frage gestellt.

**Abg. Scipio** beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Kenntnissnahme zu überweisen.

**Abg. Münd:** Die polizeiliche Begünstigung und Beeinflussung gehe zu weit. Ein gouvernementaler Verein habe jüngst die Aula einer Schule benutzen können, er bekomme zu einer Versammlung dieselbe nicht.

**Abg. Fischer** ist ebenfalls für Beseitigung dieser unzulässigen Beeinflussung durch Beamte und will, daß die Regierung veranlaßt wird, solche Vorgänge künftig zu verhindern.

**Abg. v. Kehler:** Die Kommission ist im Wesentlichen einverstanden, deshalb wird man beschließen müssen, die Petition der Regierung zur Erwägung zu übergeben. Ihr dieselbe zur Kenntnissnahme zu übergeben, trafe die Sache nicht, das sei zu unwesentlich.

Die Kommission beschließt einstimmig, mittels schriftlicher Berichterstattung beim Plenum zu beantragen, die Petition der Regierung zur Erwägung zu übergeben mit dem Ersuchen, Abstellung behördlicher Eingriffe in das Versammlungsrecht bei Reichstags-Wahlen herbeizuführen.

Einige Petitionen müssen geschäftlicher Rücksichten wegen zurückgestellt werden, die übrigen, persönliche Angelegenheiten der Petenten betreffend, die nicht das öffentliche Interesse erregen, werden erledigt.

Nächste Sitzung am 10. Dezember, morgens 10 Uhr.

## Tokales.

Damit Herr Stöcker nicht ganz in Vergessenheit gerät, hat eine Anzahl Berliner Geistlicher im Verein mit einigen anderen Personen einen Aufruf umgehen lassen, der Berliner Stadtmittion einen Saal als Predigtstätte für Herrn Hofprediger Stöcker zu beschaffen. Die Kosten für den Ankauf eines Grundstückes und den Bau eines Saales in günstiger Gegend werden auf 300 000 Mark veranschlagt. Unterzeichnet ist der Aufruf von den Herren: Berlin, Pastor, M. Braun, Pastor, Burchardt, Pastor, Diestelkamp, Pastor, Dumrese, Pastor, Ebert, Rentier, Ernst Evers, Johannes Gerold, Kaufmann, Kraft, Pastor, Krüdenberg, Superintendent a. D., R. J. Müller, Buchhändler, O. Paasche, Philipp, Pastor, Niemet, Pastor, Schlegel, Pastor, Schwarzkopf, Baumeister, C. S. Vogel, Kaufmann, Dr. Zeidler, Rechtsanwalt, Louis Ziegler, Kaufmann, Ziethe, Pastor, Zumppe, Geh. Registrator.

Aber die Sache geht noch weiter. Die unter der Regie des „bekannten“ Herrn Oberwinder stehende Zeitung „Das Volk“, Stöcker's Leiborgan, läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Wie uns mitgeteilt ist, herrscht die Befürchtung, Herr Hofprediger Stöcker werde nach Niederlegung seines Amtes die sonntägliche Predigtvertheilung einstellen. Dem ist selbstverständlich nicht so. Im Gegentheil wird er, wie wir zuverlässig versichern können, die sämtlichen Predigten des bereits begonnenen Jahrganges selber schreiben und dann die sozialen Fragen, Nothe und Hissen im Lichte des Gotteswortes bearbeiten. Dem Ginen zu Trost und Aufriehung, dem Andern zur Ein- und Umkehr, damit sich der Glaube in der Liebe zu den Brüdern je länger je mehr erweise.

Zunächst finden wir es lustig, daß Herr Stöcker hier selbst die Befürchtung ausspricht, daß er die Predigtvertheilung einstellen wird. In dem Wandwurm-Prozess des Herrn Witte gegen seinen Amtsbruder Stöcker kam es ja zur Sprache, daß Herr Stöcker „Das Volk“ absolut inspirirt, — warum soll also der obige Satz nicht auch von Herrn Stöcker herrühren? Dann aber würden wir es aufrichtig bedauern, wenn die widerwärtigen, augenverderberischen Machwerke des Herrn Stöcker von der Bildfläche verschwinden würden. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Massen über die Stöcker'sche Agitation die Augen zu öffnen, so sind es die überaus albernem Elaborate des Herrn Stöcker selbst.

Die „Volke-Zeitung“ schreibt:

Aus Schöneberg wird uns geschrieben: Ein Volkzähler unseres Ortes wurde gefragt: „Was wollen Sie?“ „Ich komme wegen der Volkszählung.“ „Dann machen Sie nur, daß Sie die Treppe hinunterkommen!“ Erst nach längeren Erklärungen wurde das Mißverständnis beseitigt. Der gute Mann, ein braver Kartellbruder, hatte anstatt Volkszählung, Volks-Zeitung verstanden, und dieses Wort hatte sein unschuldiges Gemüth so aufgeregt, daß er den Zähler die Treppe hinunterwerfen wollte.

Der parlamentarischen Bilder aus dem Abgeordnetenhaus mit ihren quartanerhaften Stülblüthen in der „Volke-Zeitung“ gelesen hat, wird dem braven Kartellbruder beispieldien müssen, wenn er grob wurde.

Das Leichenbegängniß des Schlossers Oskar Berlin,

eines Opfers der Schwindsucht, welche den Genossen im 37. Lebensjahre seinem Dasein und seinem Wirkungskreise unter Hinterlassung einer Frau mit 8 unehelichen Kindern entriß, hat, das am verflochtenen Sonntag Nachmittag vom Trauerhause, Straßunderstr. 20, ans nach dem Friedhofe der freiwilligen Gemeinde statt hatte, gestallete sich zu einer imponirenden Kundgebung der Trauer und Antheilnahme und Anerkennung für den Todten. Zu vielen Hunderten hatten sich die Genossen und Genossinnen eingefunden, um dem Dahingegangenen das Geleit auf seinem letzten Wege zu geben, den sie bewegenden Gefühlen Ausdruck gebend durch eine überaus reiche Blumen- und Kranzsende, welche dem düstern Bilde ein freundlich milderndes Relief verlieh. Unter den Kranzen traten besonders die riesigen Vorbeerkränze hervor, welche verschiedene Vereinigungen, wie der sozialdemokratische Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises, Gesangsverein „Nord“, Les- und Diskussionsklub „Arbeiter-Bildungsverein“, Regellub „Babynrei“, Regellub „Unverbraut“ u. A., ferner die Genossen der Maschinenfabrik von Röll, u. f. f. gespendet hatten und die fast ausnahmslos mit mächtigen rothen Atlasfahnen geschmückt waren, welche in goldener Schrift entsprechende Widmungen trugen. Nach dem sechs Genossen den würdig decorirten Sarg des Entschlafenen aus dem Trauerhause auf das seiner harrende Gefährt befördert hatten, ordneten sich die Genossinnen und Genossen zu einem imposanten Trauerzuge, welcher sich langsam durch die Straßen fortbewegte, unbehelligt von der Polizei, der schaulustigen Menge wieder einmal zeugend, wie das Proletariat einen seiner gefallenen Kämpfer zu ehren weiß. Auf dem Friedhofe angelangt, empfing den Todten der Gesang des wunderbaren Liedes: „Ein Sohn des Volkes“, ausgeführt von Mitgliedern des Gesangsvereins „Nord“, nach dessen Vertlingen Rand-Peers eine Trauerrede hielt. Langsam setzte sich sonach der Zug wieder in Bewegung, der Gruft entgegen, in welche unter den Klängen weiterer Trauerlieder des Gesangsvereins „Nord“ der brave Genosse, der treue Gatte und Vater zur ewigen Ruhe hinabgesenkt wurde. Kranz auf Kranz sank hinab in die Gruft, den todtten Genossen bedeckend und bedeckend, zu einem Berge thürmten sie sich auf am Grabesrande, die letzten Zeichen der Liebe und Theilnahme, dem Todten zur Erinnerung, den Lebenden zur Erkenntniß: „Hier ruht ein Proletarier, ein Sohn des Volkes, ein gefallener Kämpfer für die Wohlfahrt des Volkes!“

Die höchste Zahl der Geburtsfälle, welche die Statistik der Bevölkerung unserer Stadt jemals aufzuweisen gehabt hat, ist in der Woche vom 16. bis 22. November d. J. zu verzeichnen gewesen; in diesem Zeitraum sind nicht weniger als 1001 Kinder als lebend und 29 als todt geboren gemeldet worden. Dagegen stellt sich die Zahl der Sterbefälle in dieser Woche als eine der relativ kleinsten in der Statistik; trotz der unglücklichen Witterung in der Vorwoche sind nur 524 Todesfälle zu verzeichnen gewesen, d. h. auf das Tausend der Bevölkerung und pro Jahr gerechnet 17,04 Sterblichkeitsfälle; sonst beträgt der Durchschnitt der Mortalität 20—21 Einwohner pro Tausend.

Ueber einen Unfall in Zegelort bei Zegel gehen uns folgende ausführliche Mittheilungen zu. Durch den Zusammenstoß eines großen Holzbaues mit am Sonnabend Nachmittag in Zegelort neun Arbeiter mehr oder minder schwer verletzt und einer derselben getödtet worden. In genannter Ortschaft wird zur Zeit ein mächtiger Glöschuppen aufgeführt, welcher vollständig aus Holz hergestellt wird, und waren am Sonnabend Nachmittag 15 Arbeiter am Bau einer Holzwand des Fachwerkes thätig. Plötzlich brach die Wand, die nicht genügend abgesteift gewesen sein soll, zusammen, stürzte um und begrub unter ihrer enormen Last zehn der Bauleute, meistens Zimmerer, während der Rest der Mannschaft noch Zeit fand, bei Seite zu springen. Nach großen Anstrengungen erst gelang es, die Verunglückten aus ihrer entsetzlichen Lage zu befreien. In Zegel, wohin man die meist an Kopf und Brust Verletzten schaffte, wurde denselben die erste Hilfe zu Theil. Die Schwerverwundeten wurden nach einem Berliner Krankenhaus geschafft; aus dem Transport dorthin verstarb der Zimmermann Rademann aus Heiligensee; die übrigen neun bei der Katastrophe Verunglückten werden mit dem Leben davonkommen.

Selbstmordversuch. Schiffer, welche am Nordufer des Spandauer Schiffsfahrts-Kanal mit ihren Rähnen vor Anker lagen, gemährten am Montag Nachmittag, kurz vor Eintritt der Dunkelheit, einem menschlichen Körper aus dem Wasser schwimmend. Alsbald wurden mehrere Boote flott gemacht, und es gelang, eine elegant gekleidete, etwa 30jährige Frau den Fluthen zu entreißen. Da die Verunglückte noch schwach ahmete, wurden schleunige Wiederbelebungsversuche gemacht, durch welche nach etwa halbstündigem Bemühen die Dame zum Bewußtsein gebracht



wurde. Da in der Tasche des Kessels derselben ein Brief mit der Adresse eines im Weddingstättchen wohnenden Rentiers gefunden wurde, so schickte man das Schreiben alsbald an denselben. Kurze Zeit darauf hielt ein elegantes Koupée am Ufer, wo die Käse lagen, und der Inhaber desselben erschien in der einfachen Schiffsjacke, um die Dame, die sich inzwischen wieder erholt hatte, an das Gefährt zu geleiten. Allem Anschein nach liegt hier ein Selbstmordversuch der Betreffenden, die sich Mathilde D. nannte und in der Eisenerstraße zu wohnen vorgab.

**Der Handel mit Kohl** wird bereits seit einer Reihe von Jahren in großem Umfange in Berlin betrieben. Theils brauchen die hiesigen Sauerkohlfabrikanten beträchtliche Mengen, theils verkaufen sich auch auswärtige Fabriken von Berlin aus diesem Material. Auch für den Markthandel werden Vorräthe abgeben, doch dürften diese weniger erheblich in Betracht kommen. In diesem Jahre klagen die Kohlproduzenten, besonders die Pächter der Rieselfelder, über die sehr gedrückten Preise für die Kohl, welche von den Großhändlern gebohrt werden. Auf den Märkten beim Kleinhandel ist von dem Preisrückgang bisher nichts zu merken gewesen.

**Die Vogelaustellung der „Ornis“**, Spittelmarkt 2, ist bis heute, Mittwoch, Abend verlängert worden.

**Mariendorfer** Wirth, die ihren Saal zu Versammlungen hergeben und das „Berliner Volksblatt“ auslegen, sind folgende: 1. Restaurant V. Schensch („Deutscher Reichsgarten“), 2. Restaurant Bloßdorf, 3. G. Haal („Schwarzer Adler“), 4. Restaurant liegen Volksblätter aus im 1. Restaurant Dilger, 2. Restaurant Hotel, 3. Restaurant Stolzenburg, 4. Restaurant Schramm. G. F. Haal legt das „Berliner Volksblatt“ aus, giebt seinen Saal aber nicht zu Versammlungen her. Die Lokalkommission bittet die Genossen, die Saalhaber abwechselnd mit Versammlungen zu bedenken.

**Polizeiverdicht.** Am 8. d. M. Vormittags entstand vor dem Hause Schloßfreiheit Nr. 1 zwischen den obdachlosen Kreberrn Treder und Braun eine Schlägerei, wobei beide niederknieten und lehter, anscheinend infolge innerer Verletzungen, bewußtlos liegen blieb. Er mußte nach der Charité gebracht werden. — Nachmittags wurde ein Mann an der Ecke der Lange- und Kraußstraße infolge eines Streites mit einer Frauensperson von drei unbekanntem Männern so schwer mißhandelt, daß er außer einer Kopfverletzung anscheinend auch innere Verletzungen erlitt und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Abends sprang ein Straßeneiniger von der Oberbaumbrücke in die Spree, wurde jedoch noch rechtzeitig aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Dort als geisteskrank erkannt, wurde er der Charité überwiesen. — In der Nacht zum 9. d. M. versuchte ein Mann an der Ecke der Willibald-Alexis- und Friesenstraße mittelst eines Taschenmessers sich die Pulsader der linken Hand zu öffnen. Als starker Blutverlust eintrat, wandte er sich an den Revierwächter, der ihn nach der Wache des 87. Polizeireviers brachte, von wo seine Ueberführung nach dem Krankenhaus am Urban erfolgte. — Am 8. d. M. und in der Nacht zum 9. d. M. fanden 6 Brände statt.

## Theater.

**Es. Lesung-Theater.** Am Montag gingen zwei Lustspiele, Premieren über die Bühne des Lesung-Theaters. Das erste, eine in höheren Semestern stehende Dichtung, Wilhelmine's von Hüllern, der Einsiedlerin von Oberammergau, die Augen der Liebe, behandelt gefällig-konventionell das alte Thema, daß die Liebe mit eigenen Augen ihren Gegenstand betrachtet, und daß ein häßlicher Mann von Geist zuletzt höher bewerthet werde, als ein schöner Dummkopf. Es ist ein Salonstück, wie es deren zahllose giebt, geschickt gemacht, was bei der Tochter der Reich-Weißer nicht verwunderlich ist. Gespielt wurde sehr gut. Die Betri war die unumgängliche Naive, die man sich denken kann, Herr Klein der überlegene Weltmann, Herr Schönfeld ein „schneidiger“ Reiterleutnant. Fr. Groß suchte ihre wenig lebenswahre Prisa so wahrscheinlich wie möglich zu machen. — Der Schwanke Labiche's: Der Vielgeliebte, zeigt uns den Liebemann, den zwei Hahnreis mit ihrer Freundschaft bis in seine Hütten hinein verfolgen, übrigens ein Motiv, das schon der geniale Fourier in seiner „Théorie des quatre mouvements“, da wo er über die bürgerliche Ehe spricht, mit allem Glanze des gallischen Humors beleuchtet hat. Als Einakter hätte dies außerordentlich flott gespielt. „Lustspiel“ weit mehr gewirkt; es war ein Fehler, den dramatischen Maren über drei Akte hin zu ziehen. Blende gab den Helden vortrefflich, doch hätte etwas mehr Dandythum hier nichts schaden können. Eine Hälftelung war der Bernouillet Oskar Höcker's; sehr gut auch der Bocardon des Herrn Waldow. Fr. Palm war eine liebliche junge Frau, Herr Fischer und Louise von Pöllnig waren recht natürliche Schwiegereltern. Die Ausstattung war geschmackvoll.

## Berichts-Beitrag.

Ein gewiegter Schauspieler ist der Zeichner Paul Franz Emil Müller, welcher gestern wieder einmal vor der IV. Strafkammer des Landgerichts I stand. Er ist daselbst ein alter Bekannter und die theatralische Pose des reuigen Sünder, welche er auf der Anklagebank sofort wieder annahm, machte auf den Gerichtshof ebenso wenig Eindruck, als seine salbungsvollen Worte. Der Vorsitzende rief ihm deshalb, derartige zweifelhafte Schauspielerleistungen zu unterlassen. Aus den Akten ergibt sich, daß der Angeklagte ein ganz durchtriebener Schwindler ist. Bald hat er, ohne einen Pfennig Geld zu besitzen, unter der Maske eines Barons in einem feinen Restaurant in Champagneur getrunken, bald hat er mit einer sogenannten „Bläthe“, die er für einen Kaufmannschein ausgab, Betrügereien verübt und sein letzter großer Coup, der ihm eine Zuchthausstrafe von anderthalb Jahren eingebracht hatte, bestand darin, daß er eine alleinstehende Dame mittelst fingirter Postkarte aus ihrer Behausung gelockt und dann deren Wohnung vollständig ausgeräumt hatte. Im Zuchthaus gelang es ihm, durch seine Klugheit in der Heuchelei den Anstaltsgeistlichen Pastor W. zu täuschen, welcher dem anscheinend reumüthigen Sünder ein liebevolles Interesse entgegenbrachte und denselben zu seinem Fortkommen in der Freiheit beihilflich war. Eines Tages erschien er in der Wohnung des Pastors, erzählte demselben, daß er eine treue Seele gefunden, welche fortan an seiner Seite durchs Leben pilgern und ihm vor fernem Straucheln bewahren wolle und bittete den Prediger, die kirchliche Einsegnung seiner Ehe, welche in der Heiligkreuzkirche stattfinden solle, zu übernehmen. Pastor W. sagte mit Freuden zu, versprach auch, sich sofort bei dem Prediger Stange zu verwenden, um eine kostenloser Trauung an einem nicht gebührenfreien Tage zu erwirken. Nach Erledigung dieser Frage hat Müller den Geistlichen um eine kleine Summe als Darlehen und alle Bedenken, die der Pastor geltend machte, wußte der Angeklagte damit zu überwinden, daß er demselben „zur absoluten Sicherheit“ ein Kautionsdokument übergab, welches jedes Risiko ausschließen sollte. Daraufhin erhielt er das Geld, er scheint aber die ganze Trauungsgeschichte nur erfunden zu haben, um sich bei dem Prediger besser zu insinuirn. Der Angeklagte ließ nämlich seitdem wieder in der Heiligkreuzkirche, noch bei dem Pastor W. etwas von sich hören und es stellte sich auch bald heraus, daß das Kautionsdokument gefälscht war. Der Angeklagte hatte sich deshalb gestern wegen Urkundenfälschung und Betruges zu verantworten und all seine Selbstanklagen, sein Schluchzen und Augenweinen halfen ihm nichts; der Gerichtshof verurtheilte ihn abermals zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und 150 M. Geldbuße, event. noch 10 Tagen Zuchthaus.

**Gegen eine junge Taschendiebin**, die 19 jährige Minna Rabenhorst, wurde gestern vor der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I. verhandelt. Der Name Rabenhorst ist bei der hiesigen Kriminalpolizei wohlbekannt, denn die Schwester der Angeklagten ist eine schon vielfach vorbestrafte Taschendiebin und auch die Angeklagte selbst ist schon mehrfach auf dem Gebiete des Taschendiebstahls angetreten. Sie hat das Glück, daß sie auf der Photographie im Verbrechenalbum wie eine alte Frau aussieht und deshalb von manchen Beamten nicht erkannt wird. Dieser Umstand kam ihr auch zu Gute, als sie eines Tages vor dem Baum'schen Geschäft in der Leipzigerstraße ihrem diebischen Handwerk nachging. Sie wurde von dem Kriminalschuttmann Römhild beobachtet, wie sie sich an die vor den Schaufenstern stehenden Frauen herandrängte und ihre Hand hier und da in deren Pölseltaschen gleiten ließ, doch war nicht wahrzunehmen, ob sie nur das Terrain sondirte oder auch einen Diebstahl zur Ausführung gebracht hatte. Als sich die Verdächtige entfernte, folgte ihr der Beamte bis in die Potsdamerstraße hinein, wo sie in einem Laden etwas kaufte. Da der Beamte dabei wahrnahm, daß die Angeklagte mehr als ein Portemonnaie bei sich führte, ergründete er dieselbe beim Verlassen des Geschäftslotals und die Angeklagte nannte ohne zu zucken fremden Namen, erklärte, daß sie in Schöneberg in der Schloßstraße wohne und bei einem Steinbruder in der Leipzigerstraße in Beschäftigung stehe. Das eine Portemonnaie erklärte sie für ihr eigenes, in dem anderen wollte sie im Antrage eines Herrn etwas Geld zu einer Mamsell des M'schen Geschäfts in der Potsdamerstraße gebracht haben. Der Beamte trat sofort den Weg zu jenem Geschäft an und vor der Kellertür bezeugte ihm die Angeklagte ganz genau eine in dem Kellergeschäft beschäftigte Mamsell als die Empfängerin des Geldes. Auf ihren Wunsch und ihre Bitte, ihr eine Blamage vor dem Prüulein zu ersparen, ließ sie der Schuttmann auf der obersten Kellertreppe stehen, behielt sie aber fest im Auge, als er das Geschäftslotal betrat. Kaum war er unten angekommen, da machte die Angeklagte oben kehrt und stürzte mit Windeseile davon. Der Beamte wollte sie sofort verfolgen, er kam aber ins Stolpern und als er oben auf der Straße angelangt war, war die Angeklagte spurlos verschwunden. Vergeblich wurden die sämtlichen Häuser der Nachbarschaft abgesehen, vergeblich fuhr auch der Beamte hinaus nach Schöneberg und legte sich dort in der Schloßstraße mehrere Stunden auf Lauer: die Angeklagte war aber der ihr drohenden Gefahr entkommen, sie sollte sich aber ihres Sieges nur kurze Zeit erfreuen. Am nächsten Tage entkam sich der Kriminalschuttmann Römhild, daß die Angeklagte von einem Steinbruder in der Leipzigerstraße gesprochen; er holte sich den Adresskalender, schrieb sich alle Steinbruder der Leipzigerstraße auf und begann einen Rundgang bei denselben, in der Hoffnung, eine Spur der Verführten zu entdecken. Seine Hoffnung sollte auch nicht gescheitert werden, denn bei dem Lithographen L. fand er bei dem Durchblättern der Arbeitslisten, daß daselbst vor einiger Zeit zwei Schwestern Rabenhorst beschäftigt waren. Nun wußte der Beamte genug, und kurze Zeit darauf besand sich die Angeklagte hinter Schloß und Riegel. Sie konnte auch nicht bestreiten, daß sie es gewesen, welche das Abenteuer mit dem Schuttmann gehabt, behauptete aber, daß sie die Portemonnaies ehrlich erworben resp. geschenkt erhalten habe. Der Gerichtshof glaubte ihr aber nicht, sondern verurtheilte sie zu 1 Jahr Zuchthaus, Weinend erklärte sie, daß sie die Strafe gleich antreten werde.

## Soziale Uebersicht.

**Von Herrn A. Ahrens**, Kottbusserstr. 6a, geht uns folgende Erklärung zu: „Hierdurch erkläre ich, daß die Beschuldigungen gegen den Dirigenten der Möbelfabrik von J. C. Pfaff, Zeughoßstraße 3, Herrn Lorenz, auf Irrthum beruhen; die dort beschäftigten Kollegen konnten die gemachten Beschuldigungen nicht nachweisen, vielmehr wurde festgestellt, daß die Maschinenarbeiter ihren garantierten Lohn, selbst wenn sie weniger verdient haben, erhalten.“ Ferner erkläre ich, daß die angeblich von mir gemachte Behauptung, der Obermeister Herr K. Seeger's erhalte von den viereranten genannter Fabrik Prozente, auf Irrthum meinerseits zurückzuführen ist. Ebenso beruht der angeführte Fall „Schröder“ auf Irrthum, wonach derselbe einmal kein Kostgeld erhalten haben soll. (gez.) A. Ahrens, Kottbusserstr. 6a.“ In Bezug auf die Arbeitsverhältnisse bei obiger Firma wird uns noch von glaubwürdiger Seite mitgetheilt, daß der Fabrikbesitzer Wenzel eine Klage gegen die Firma angestrengt hat, weil er, trotz Versicherung seitens des Meisters, regelmäßig ein Kostgeld von 18 M. zu zahlen, nur 12 M. die letzte Woche erhalten hat, und kurzer Hand ohne vorhergegangene Kündigung entlassen wurde, obwohl er die Fabrikordnung nicht unterschrieben hatte.

## Ver sammlungen.

**Kongress der freien eingeschriebenen Hilfskassen.** Zweiter Tag. Die heutige Sitzung des Kongresses leitet Deisinger-Hamburg. Nachdem die Präsenzliste festgestellt ist, wird eine aus den Herren Jaffe-Hamburg, Böblin-Berlin und Thema-Altona bestehende Kommission gewählt, welche die Prüfung einer Anzahl aus der Mitte der Versammlung eingebrachter Anträge zur Krankenversicherungsnovelle vornehmen soll. Es wird hierauf in den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Das Hilfskassen-Gesetz“ eingetreten. Referent dazu ist Jaffe-Hamburg, Korreferent Gbb-Offenbach durch einen Irrthum in der gedruckten Tagesordnung war im gestrigen Berichte Gbb-Offenbach als Referent zur Novelle des Krankenversicherungsgesetzes angegeben worden. Jaffe-Hamburg erörtert die einzelnen Bestimmungen der Krankenversicherungsnovelle, in welchen das Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 Abänderungen erfährt. Redner bemängelt diese Abänderungen, welche in der Hauptsache keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen seien und einen Druck auf die Arbeiter zu Gunsten der Zwangskassen ausübten. Die Regierung spiele in der Novelle Verstecken, Dr. Gd. Brochhaus habe ja aus der Schule geplaudert und die wahren Verbesserungen der Regierung, die auf Vernichtung der Hilfskassen abzielen, kundgegeben. Warum trete die Regierung nicht offen mit ihrer Ansicht hervor und fordere die Abschaffung des Hilfskassen-Gesetzes und somit die Aufhebung der freien Hilfskassen? Der versicherungspflichtige Arbeiter wählte dann, woran er sei und könnte seine Maßnahmen danach treffen. So schwer an sich schon die Bestimmung der Novelle, die freien Hilfskassen zur Gewährung von freier ärztlicher Behandlung und kostenloser Arznei zu verpflichten, die freien Kassen beeinträchtigen, Licht und Schatten sei auch hier wieder nicht gleichmäßig auf freie und Zwangskassen vertheilt. Denn § 73 bestimme freien Arzt und freie Apotheke für alle Mitglieder der Hilfskassen, während bei den Zwangskassen alle nicht gerade im Gemeindebezirk wohnenden Mitglieder statt des freien Arztes und der freien Apotheke den entsprechenden Geldbetrag ausbezahlt erhielten. Eine wünschenswerthe Abänderung, welche die Novelle jedoch nicht vorsehe, sei die Errichtung eines Reichsamtes für Krankentassenwesen, welches eine einheitliche Regelung entstehender Streitigkeiten verbrüten würde und die zerfahrenen Verhältnisse, welche jetzt hinsichtlich der Entscheidungen der verschiedenen Verwaltungsgerichte in den einzelnen Staaten bestehen, beseitigen würde. Referent geht hierauf näher auf die von den Hamburger Delegirten beantragten Abänderungsvorschläge ein. Diese Abänderungsvorschläge suchen den Hilfskassen eine freiere Entwicklung und den versicherten Personen größere Vortheile zu

verschaffen. Bemerkenswerth sind die folgenden Abänderungen: Zu § 6: Kassenmitgliedern, welche infolge der Erfüllung ihrer Dienstpflicht im Heere oder der Marine ausgeschieden sind, erwerben mit dem Zeitpunkt des Wiedereintritts in die Kasse ihre früheren Rechte an dieselben und können zur wiederholten Zahlung des Eintrittsgeldes nicht verpflichtet werden. Zu § 7, Abs. 4: Bei Krankheiten, welche sich die Mitglieder vorwiegend oder durch schuldhaftige Beihülfe an Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunksucht oder geschlechtliche Ausschweifung zugezogen haben, ist die Unterstützung nur dem zu gewähren, wenn die Behandlung und Verpflegung in einer öffentlichen Heilanstalt erfolgt. Zu § 12, Abs. 3. Auch kann für die Familienmitglieder der Mitglieder freie ärztliche Behandlung, Medicamenten, Heil- und Erleichterungsmittel, sowie bei eintretendem Todesfall ein Beitrag zu den Beerdigungskosten gewährt werden. Er erläutert die Vortheile dieser Abänderungen und verpflichtet sie dem Kongress zur Bewilligung. Einer eingehenden Besprechung unterzieht der Referent die Maßnahmen einzelner Behörden, welche sich die Kosten für die behördlicherseits vorgenommenen Revisionen der Kassen, von den Kassen haben ersehen lassen. Nach Ansicht des Referenten liegt eine derartige Verpflichtung für die Kassen zur Zahlung nach dem Wortlaut des Hilfskassen-Gesetzes nicht vor. Der Reichstag würde sich ein Verdienst erwerben, könnte er diesen Grundsatze zur Durchführung bringen. Redner fordert schließlich die Theilnehmer des Kongresses auf, alle Macht dahin geltend zu machen, daß die freien Kassen, weil sie für die Arbeiter notwendig sind, fortbestehen und ihre geordnete Entwicklung nicht gestört werde. Referent beantragt die nachstehende Resolution:

„Der Kongress der freien Hilfskassen und auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen hält eine Abänderung des Hilfskassen-Gesetzes für unbedingt erforderlich und ersucht einen hohen Reichstag wie Bundesrath, selbige in einer den freien Hilfskassen entsprechenden Form vornehmen zu lassen, damit die diesen Kassen gewährleisteten Rechte gewahrt bleiben.“ In Fernerem spricht sich der Kongress gegen jede weitere Belastung der freien Hilfskassen aus, namentlich in Bezug der Meldepflicht, bezw. daß Mitglieder freier Hilfskassen nur auf Antrag von den Zwangskassen befreit sein sollen, weil hierin ein Vortheil hinsichtlich der Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes nicht erblickt werden kann, dagegen die Entwicklung der freien Kassen gehemmt würde.“

In der Diskussion nimmt Freische-Berlin das Wort. Redner bekämpft besonders die in der Novelle enthaltenen Bestimmungen der Meldepflicht. Werde diese Meldepflicht der freien Kassen zum Gesetz erhoben, so sei damit den freien Kassen der Lebensadern abgeknippt.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion und auf Eintritt in die Spezialdiskussion der Gesetznovelle wird hierauf angenommen.

Nachdem die Jaffe'sche Resolution zur Abstimmung gebracht worden und einstimmig angenommen gefunden, vertagt sich die Versammlung auf Nachmittag 2 Uhr.

Die Nachmittags-Sitzung wird wieder von Deisinger-Hamburg geleitet. Es werden eine Anzahl neuer Begrüßungs-Telegramme verlesen und der Vorsitzende theilt mit, daß heute noch der freisinnige Abgeordnete Dr. Gutfleisch anwesend ist. Bevor man in die Tagesordnung eintritt, wird auf die Anregung des Delegirten Niemeyer beschlossen, daß eine aus den Herren Blume-Hamburg, Deisinger-Hamburg und Köhn-Dresden bestehende Deputation dem Herrn Geh. Rath Koch für die große Wohlthat, welche seine Entdeckung den freien Kassen und den versicherten Arbeitern gebracht, den Dank der Kongressdelegirten im Namen der von ihnen vertretenen Kassen abstaten soll. Es kommen hierauf einige allgemeine Anträge zur Verhandlung. — Waldheim, Offenbach und Hamburg beantragen die Errichtung eines Reichsamtes für Krankentassenwesen. Hamburg beantragt die Aufhebung einer Petition zu beschließen, welche den Erlass einheitlicher Vollzugsbestimmungen für das ganze Reich fordert. Welche Anträge gelangen nach kurzer Debatte zur Annahme. Die Delegirten Dresdens empfehlen die Errichtung von Lust-Kurorten und Reconvaleszenten-Häusern durch das Reich und eine diesen Wunsch ausprechende Petition an den Reichstag. Dieser Antrag wird angenommen. Koppe-Altona schildert die Ausbeutung der Kassen durch die Apotheken und empfiehlt die Gründung eigener Apotheken seitens größerer Kassen. Von anderer Seite wird der Zusammenschluß mehrerer Kassen zu diesem Zwecke gewünscht. Jaffe-Hamburg wendet sich gegen diese Anträge und empfiehlt dagegen eine Verstaatlichung der Apotheken und Medicamente. Der Antrag Koppe wird abgelehnt; der Antrag Jaffe angenommen. Heismann-Hensburg stellt folgenden Antrag: Der Kongress richtet an die Reichsregierung das Ersuchen um Erlass der Aufsammlung des Referendums pro 1890 für sämtliche Krankentassen mit Rücksicht auf die ungeheuren Kosten, welche die Influenza-Epidemie verursacht hat. Jaffe-Hamburg erklärt diesen Antrag für unannehmbar, und der Kongress geht über denselben zur Tagesordnung über. Es kommen nun die von den Hamburgern und Berliner Delegirten gestellten Abänderungs-Anträge zum Krankentassen- Versicherungsgesetz zur Verhandlung. Den Antrag, § 1 dahin abzuändern, daß alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, auch Lehrlinge und selbstständiges Gewerbetreibende, auf Grund dieses Gesetzes versicherungspflichtig sind, sofern sie täglich weniger als 2 M. haben, wird mit großer Majorität angenommen. Durch Annahme dieses Antrages erledigt sich der nächste Antrag, welcher auch die Matrosen und die auf den Schiffen beschäftigten Arbeiter in die Versicherung einbezogen wünscht. § 4 Absatz 1 des Gesetzes soll in alter Fassung bestehen bleiben. Die Versammlung erachtet die dann in der Novelle vorgeschlagene Aenderung als eine Verschlechterung des Gesetzes. Abs. 2 im § 6 der Novelle steht die Gewährung von Kranken-Unterstützung erst am dritten Tage der Erwerbsunfähigkeit vor; es soll also nur bei Krankheiten, die länger als 3 Tage dauern, Krankengeld gezahlt werden. Pittard-Berlin beantragt Aufhebung dieser dreitägigen Karenzzeit und Zahlung des Krankengeldes gleich vom ersten Tage an. Der Antrag wird nach längerer Debatte, in welcher sich auch Stimmen dagegen erheben, mit großer Majorität angenommen. Ein Antrag, die Krankenunterstützung auf ein Jahr zu verlängern, wird abgelehnt. Niemeyer-Hamburg beantragt, entgegengekehrt der Novelle, welche Kauf- und Trunktabakden z. c. eine Krankenunterstützung gewähren will, solchen Leuten Krankengeld zu geben, falls sie sich in einer öffentlichen Heilanstalt behandeln lassen. Blume-Hamburg spricht gegen diesen Antrag, ebenso Radwin-Berlin. Antrag Niemeyer wird schließlich angenommen. Hubse-Bremen stellt den Antrag, daß nicht, wie es die Novelle bezieht, die Verwaltungsbehörde selbstständig die Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns vornehmen kann, sondern sich erst mit den Vorständen der in dem betreffenden Gemeindebezirk bestehenden Hilfskassen darüber ins Einvernehmen zu setzen hat. Der Antrag wird nach längerer Debatte abgelehnt. Ein Antrag Heismann-Hensburg, die Behörde zu verpflichten, eine Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns den Kassenvorständen 6 Monate vorher bekannt zu geben, wird angenommen. Gbb-Offenbach beantragt zum § 19 Abs. 2 der Novelle, welche die neu anziehenden Arbeiter sofort den Ortskassen zuführen will, solchen Leuten eine Frist von drei Tagen zu gewähren, innerhalb welcher sie zwischen Orts- und freien Hilfskassen wählen können. Ein Antrag, sämtliche Aenderungen, welche die Novelle in ihrem § 28 a vorschlägt, abzulehnen, findet einstimmig keine Annahme. Die Delegirten Hamburgs beantragen, den § 28 des Krankenversicherungsgesetzes in der alten Fassung zu belassen, da die Novelle mit ihrer Abänderung nur eine Verschlechterung für die freien Kassen Versicherten herbeiführen würde. Nachträglich gelangt ein Unterantrag zur Annahme, welcher den aus den Kassen wegen Erwerbslosigkeit ausscheidenden Kassen-











er will nicht, daß immer wieder die Jugend siegt, da es in Wirklichkeit anders ist. Er will und muß uns einen Einblick in die Gegensätze der heutigen Gesellschaft geben. Er muß aussprechen das, was ist, wie Lassalle sagt. Die Tatsache steigenden Reichthums auf der einen Seite und steigenden Massenelends auf der anderen Seite muß uns der Naturalismus zeigen, und daher ist er unser Bundesgenosse. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion beteiligten sich eine Reihe von Arbeitern, aus deren Ausführungen ein großes Interesse und Verständnis für die Bestrebungen der freien Volksbühne hervorging. In seinem Schlusswort trat Dr. Lütgenau der Ansicht eines Vorredners entgegen, der Staat müßte eigentlich die Volksbühne durch Geldmittel unterstützen. Die Bühne solle und müsse eine proletarische sein, der Staat hingegen sei stets der Vertreter der jeweilig herrschenden Klassen gewesen. Sein Eintreten könnte daher nur eine Trübung des Unternehmens herbeiführen. (Lebhafte Beifall.)

Die zweite Versammlung, die für den Norden einberufen war, tagte unter Vorsitz des Genossen Dorbusch. Herr J. Lürz hatte hier das Referat übernommen. Er schilderte zum Schluss seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede die Einrichtungen des Vereins „Freie Volksbühne“. Er unterwarf ferner das ablehnende Verhalten fast aller Berliner Zeitungen der „Freien Volksbühne“ gegenüber einer Kritik und bedauert, daß ein Blatt, welches sich demokratisch nennt, die „Volks-Zeitung“, nachdem es zur Zeit der Gründung des Vereins geschrieben, es wäre eine große That der Arbeiterschaft, sechs Wochen später schreiben konnte, die ganze Sache wäre ein harmloser Akt. An der Diskussion beteiligten sich außer der Frau Reihner noch die Herren Sinze, Günther, Kurt, Wach, Urbanski und Martini. In den Verein ließen sich viele neue Mitglieder aufnehmen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter und Berufsgenossen hielt am 1. Dezember d. J. eine Generalversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Kollege Julius Meier, zum 1. Schriftführer der bisherige Schriftführer Kollege Scholz, zum 2. Kassierer Kollege Dreier, zum Bibliothekar Kollege Böler, zum Revisor Kollege Latt und zu 2 Revisoren Kollegen Art und Glocke. — Sodann kam die Maßregelung der Umbaumacher der Pianofabrik von A. Wöhler, Landsbergerstraße 16, zur Sprache. Ein Kollege der Werkstatt theilt den Fall mit. Der Fabrikant hat den beiden Umbaumachern erklärt, sie müßten aufhören, da sie nicht nach Feierabend arbeiten wollten, und er sie, da sie dem Klavierarbeiter-Verein angehören, nicht mehr brauchen könnte. Außerdem hätten sämtliche andere Arbeiter (gegen 20 Mann) erklärt, sie wollten nicht mehr mit diesen 2 Arbeitern zusammen arbeiten, da dieselben nicht nach Feierabend arbeiteten und den Fabrikanten schädigten. Eine sofortige Umfrage unter den Arbeitern, ob sie diese Forderung an den Fabrikanten gestellt hätten, zeigte das Resultat, daß die große Mehrzahl gar nicht davon wußte; sondern nur 4 Arbeiter dieses Verlangen an den Meister gestellt hatten. Der Grund, der dieselben dazu veranlaßt hatte, war: Diese 2 Arbeiter wollten nicht mit den Betreffenden während der Arbeitszeit trinken und sich vergnügen; sondern sie arbeiteten regelmäßig, verdienten deshalb ein paar Groschen mehr und gehörten einer Organisation an. Dies war ein Gegenstand des Hasses dieser Indifferenten und darum schritten sie zur Denunziation bei dem Fabrikanten und drängten mit Hilfe desselben ihre Mitarbeiter (Familienväter) kurz vor den Weihnachtseiertagen auf die Straße.

Bemerkenswerth ist hierbei das Verhalten des Fabrikanten. Trozdem demselben der wahre Sachverhalt mitgeteilt wurde und ihm ja auch schon bekannt sein mußte, daß die Denunziationen ihn nur irreleiteten, fand er sich nicht veranlaßt, die Denunzianten zurückzuweisen. Als Beweis hierfür führte die Werkstatt-Kontrollkommission, welche bei dem Fabrikanten Rücksprache genommen, folgendes an:

Der Fabrikant, sowie seine Frau und auch der Buchhalter sagten aus, daß sie immer vollständig zufrieden mit dem Betragen und den Leistungen der Arbeiter gewesen und dieselben nicht anders als ehrliche, fleißige und pünktliche Arbeiter bezeichnen könnten. Sie arbeiten jedoch nur in ihrer regelmäßigen Arbeitszeit, und da müßten sie aufhören. Als die Kommission dem Fabrikanten vorhielt, daß er doch genügend „Umbau“ hätte und auch in der regelmäßigen Arbeitszeit genug gemacht beläme, so daß es nicht nötig wäre, daß die beiden Leute länger arbeiteten, wußte er nichts zu erwidern. Die beiden Arbeiter gehören dem Verein schon länger an, als sie überhaupt in der Fabrik arbeiten.

Ein Antrag, die Namen dieser vier Arbeiter, welche die Anzeige beim Fabrikanten erstattet, viermal im Versammlungsbericht bekannt zu machen, ebenso viermal im Protokoll zu verzeichnen und viermal an die Tafel im Vereins-versammlungsortal zu vermerken wird mit großer Majorität angenommen. Diese heißen: Wilhelm Hanke, Zusammenfeger; Wilhelm Reumann, Abpuzer; Waldemar Heide, Abpuzer; Job. Nahl, Rastenmacher.

Es wurde noch von Kollegen angeführt, daß der Wilhelm Hanke früher ebenfalls dem Verein angehört habe und vom Verein berücksichtigt wurde. Er habe auch recht gern die Streifgelder zur Zeit des Rössnerischen Streiks genommen, ebenso der Heide, und jetzt agitiere sie mit allen Mitteln gegen die Organisation.

Der Antrag, den v. Nahl aus dem Verein auszuscheiden, da er das Prinzip des Vereins in größter Weise verlegt hat, wird angenommen. Die Betreffenden waren eingeladen, aber natürlich nicht erschienen. Neu aufgenommen wurden 18 Mitglieder.

Die Berliner Mitglieder der großen Rothenburger Vereins-Sterbekasse (Sich Gdrlth) vollzogen in acht Versammlungen die Wahlen der Bezirksvorsitzenden resp. Stellvertreter und Bezirksvertreter für die nächste Generalversammlung. Im Ost-Bezirk wurde Herr C. Stegemann als Bezirksvorsitzender (einstimmig), als Vertreter Herr A. Dieß gewählt. Als Bezirksdelegirter für die nächste Generalversammlung wurde Herr C. Stegemann einstimmig gewählt. Nachdem das Publikations-Organ bestimmt, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Um allen Mitgliedern des großen Bezirks Rechnung zu tragen, möge der Vorstand genehmigen, auch im „Berliner Volksblatt“ als zweites Organ zu inserieren. Nachdem die Versammlung von dem Kassenericht Kenntnis genommen, welcher neben 160 000 Mitgliedern einen sicher angelegten Fonds von 4 1/2 Millionen aufweist und der Leiter der Versammlung mehrere Anfragen zur Zufriedenheit beantwortet hatte, wurden folgende Anträge an die Generalversammlung gestellt: 1. Abschaffung der eingeführten ärztlichen Untersuchung. 2. Einführung einer Abkühlungsprovision. 3. Den Mitgliedern auf ihre Sterbekassen-Bücher Darlehne zu gewähren. 4. Die Direktion zu ersuchen, baldmöglichst eine Generalversammlung einzuberufen. — Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. Der Leiter der Versammlung machte den Mitgliedern noch bekannt, daß 1891 an die Mitglieder eine Dividende von 10 pCt. zur Vertheilung gelangen werde, und ersucht zum Schluss die Mitglieder, recht tüchtig für die Kasse zu agitieren.

Die von den Graveuren und Ziseleuren am 4. Dezember unter Vorsitz des Kollegen Jack abgehaltene öffentliche Versammlung nahm zunächst einen Vortrag des Herrn Kehler beifällig entgegen. An der Debatte beteiligten sich die Herren Schimanski, Guttman und Günther. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Graveure und Ziseleure erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschließt, Mann für Mann der freien Vereinigung der Graveure und Ziseleure sich anzuschließen. Zu Punkt 3 erstattet Kollege Jack Bericht über das Wirken der Berliner Agitations-Kommission der Graveure und Ziseleure, ebenso Kollege Schwan über die Einnahmen und Ausgaben. Die Revisoren erklären die Abrechnung für richtig. Den Mitgliedern der Kommission wird Decharge erteilt. Ein Antrag, den Ueberschuß der deutschen Agitationskommission zu überweisen, wird angenommen. Der Vorsitzende theilt noch mit, daß die hier gegebene Abrechnung in der ersten Nummer unserer Fachzeitung veröffentlicht werden wird. Kollege Jack erstattet sodann Bericht über die Berliner Streik-Kontrollkommission. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft und nachstehende Resolutionen wurden angenommen: 1. „Die öffentliche Versammlung der Graveure und Ziseleure ersucht die Berliner Streik-Kontrollkommission, den Beschluß betreffs der Kellnerfrage rückgängig zu machen.“ — 2. „Die öffentliche Versammlung der Graveure und Ziseleure wünscht, daß die einzelnen Branchen in der Berliner Streik-Kontrollkommission nur durch je einen Delegirten vertreten sein mögen und beauftragt ihre Vertreter, einen derartigen Antrag einzubringen.“ — Unter „Beschließenem“ erklärt der bisherige Vertrauensmann, sein Amt nicht weiter verwalten zu können. Die Neuwahl wird bis zur nächsten öffentlichen Versammlung zurückgestellt. — Der Vorsitzende Jack macht dann noch auf die vom 1. Januar ab erscheinende Fachzeitschrift „Der Fachgenosse, Organ für die Interessen der Graveure und Ziseleure“, aufmerksam und ersucht, die Abonnement bei ihm zu bewerkstelligen.

In einer gut besuchten Arbeiterinnen-Versammlung, welche am Donnerstag Abend im Lokale „Süd-Ost“ unter Vorsitz des Fr. Baader stattfand, sprach Dr. Lütgenau über das Thema „Die Frau in der Industrie“. Redner führte etwa folgendes aus: Die 1886 erfolgte polizeiliche Schließung der Arbeiterinnen-Vereine hat die Bewegung unter den Arbeiterinnen nicht tödten können. Was sie in Fluß erhält, das ist die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, welche eine Zunahme der Frauenarbeit bedingt. Eine spezielle Statistik darüber giebt es vorläufig nicht, doch ist aus den Berichten der Krankenkassen und der Fabrikinspektoren zu ersehen, daß die Zahl der Arbeiterinnen in Deutschland bereits über eine Million beträgt. Wohin wir allmählich kommen, zeigt uns England. Ebenjowenig ist eine Statistik über die Löhne vorhanden, welche die Arbeiterinnen erhalten. Löhne von 7—8 Mark, ja höchstens 11 Mark sind jedoch Durchschnitts-Wochenlöhne für bestimmte Branchen. Die Zunahme der weiblichen Arbeiter auf Kosten der männlichen ist für die männlichen Arbeiter unerfreulich, sie vermehrt das Angebot und vermindert die Nachfrage. Die Arbeiterinnen bieten sich billiger an und dieses billige Angebot liegt in der Natur der heutigen Eheform begründet. Der Wunsch, daß die Frau sowie der Mann gleich bezahlt werde, ist illusorisch. Die Frau bietet sich billiger an und bei der heutigen Konkurrenz ist eine gleiche Bezahlung für die Frau nicht zu verlangen. Die Frau, welche in der Familie mitarbeitet, drückt in entsprechendem Verhältnis auf den Lohn des Mannes, das beweisen die Löhne in der Hausindustrie, wo die ganze Familie nur den nöthigsten Lebensunterhalt verdient. Hierin liegt die Modifikation des von Lassalle formulirten ehernen Lohngesetzes. Unter den Arbeitern waren früher Männer, welche sich gegen die Frauenarbeit erklärt haben. Eigentlich ist das konservativ und die Konservativen führen ja diese Forderung auch immer im Munde, das hindert die konservativen Fabrikanten jedoch nicht, in der Praxis die billigere Frauenarbeit zu begünstigen. Die Arbeiter in Berlin sind jetzt von ihrer früheren Ansicht abgekommen. Die Mehrheit der Sozialdemokraten im Lande aber spricht sich für eine Verdrängung

der Frauenarbeit aus der Industrie aus. (?? Red.) Die Verdrängung des gleichen Lohnes für Mann und Frau muß dahin führen, die Frauenarbeit indirekt zu verdrängen. Diese Forderung ist bei der heutigen Produktionsordnung undurchführbar. Man hat eine Möglichkeit der Durchführung des gleichen Lohnes durch Gesetz gedacht. Doch dann würden in vielen Berufen nur Männer beschäftigt werden, die leistungsfähiger und dabei nicht theurer sind. Die Einführung eines Minimallohnes ist nicht möglich ohne einen staatlichen Eingriff in die Produktionsordnung. Mit Recht ist diese Forderung in dem sozialdemokratischen Arbeiter-Schutz-Gesetzentwurf gefallen. Freilich ist der geringe Lohn der Frau traurig, um so trauriger, als noch andere Gründe auf Veränderung desselben hinwirken. Der Lohn reicht in einigen Arbeiterinnenbranchen nicht für die eigene Person aus. In einer hiesigen Korsetfabrik erhalten die dort beschäftigten 225 Arbeiterinnen wöchentlich 7 M. 50 Pf. Es werden in dieser Fabrik Korsets für Gräfinnen und Prinzessinnen bis zum Preise von 250 M. gefertigt. Die Arbeiterinnen werden so schlecht bezahlt, und als dieselben einmal um Erhöhung des Lohnes vorstellig wurden, sagte man ihnen: suchen Sie sich einen Nebenverdienst! Das ist abermals eine Modifikation des Lohngesetzes. Die Gegner sprechen immer davon, daß wir die Ehe aufhören wollten. Das herrschende Produktionsystem thue dies. Ein agitatorisch Wirksameres kann es nicht geben, gerade für die Frau kommt das Heil erst in der sozialistischen Gesellschaft. Eine Besserung ihrer Lage wird erst der sozialistische Staat bringen.

Heute schon ist eine andere Frage in den Vordergrund zu stellen, das Reichstags-Wahlrecht der Frau. Diese Forderung ist noch in kein Programm aufgenommen worden. Die Frau ist rechtlos, so lange sie das gleiche Wahlrecht nicht besitzt, sie hat keinen Einfluß auf die Feststellung ihrer rechtlichen Verhältnisse. Die Sozialdemokratie bedarf der Arbeiterinnen, sie müssen die Reihen der Kämpfer gegen das Kapital verstärken. Sie sind außerdem die Erzieherinnen der künftigen Generation der Arbeiter. Wir werden siegen, weil (so heißt es in dem klassischen Kommunisten-Manifest) unsere Bewegung zum ersten Male die einer ungeheuren Mehrheit im Interesse dieser ungeheuren Mehrheit ist. (Lebhafte Beifall.) An der hierauf folgenden lebhaften Diskussion beteiligten sich Fr. Baader und die Herren Treuberg, Schmidt und Heinicke.

Der zweite Theil der Tagesordnung bildete eine Besprechung der Zustände in der Bekleidungsindustrie. Man erörterte die Maßregeln, welche für die dort gemährregelten Arbeiterinnen zu ergreifen wären. Einige Mitglieder der Berliner Streik-Kontrollkommission, welche in der Versammlung anwesend waren, erklärten sich bereit, die Sache der Gemährregelten in der Kommission zu vertreten.

Am 21. November d. J. wurde eine Versammlung des Vereins der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen aufgelöst, weil der überwachende Beamte es nicht dulden wollte, daß sich Männer an der Debatte beteiligten, trotzdem in der Anmeldung bemerkt war, daß Männer als Gäste willkommen wären. Als in der betreffenden Versammlung die Vorsitzende einem Herrn das Wort erteilte, erbot sich der Beamte und sagte: „Die Versammlung ist aufgelöst auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes“. Nun bestimmt aber § 5, daß die Versammlung aufgelöst werden kann, wenn strafbare Handlungen erörtert werden, wenn die Befreiung der Anmeldung fehlt, oder wenn Bewaffnete in der Versammlung sind? Welches Verbrechen trat nun hier zu? Man hatte Beschwerde eingereicht. Der Vorsitzende kam zurück, daß die Auflösung nicht gerechtfertigt und der Beamte mit entsprechender Belehrung versehen ist, aber der Schaden war doch nicht wieder gut zu machen. Es wäre wünschenswert, wenn endlich dem Ministerial-Erlaß entsprechend nur Beamte verwendet werden würden, welche die Vereinsgesetze genügend kennen.

## Soziale Uebersicht.

Europa's überläutete Höflichkeit macht im Osten Schule. Die Kunst der Waarenfälschung, welche in unseren Tagen zur höchsten Blüthe sich entfaltet hat, — wir in Deutschland wissen auch ein Lied davon zu singen — macht sich jetzt auch in Indien geltend. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der Spinnereibesitzer von Lancashire, dem Hauptstuhle der britischen Textilindustrie wurde lebhaft über die Verschlechterung der indischen Baumwolle gellagt. Die Uebelstände, welche als „falsche Packung“ bezeichnet werden, bestehen darin, daß die Baumwollballen, welche als gute Waare ausgezeichnet werden, zum großen Theile Samen, Blätter, Schmutz, Sand und verdorbene Baumwolle enthalten. Dieser Mißbrauch, wie ihn entristet ein großes Handelsblatt nennt, nahm solchen Umfang an, daß von den Liverpooler Baumwollhändlern der Beschluß gefaßt wurde, daß anstatt wie bisher nur ein gewisser Prozentsatz in Zukunft jeder einzelne Ballen indischer Baumwolle demustert sein müsse, und daß wenn 10 pCt. der Partie „falsch gepackt“ seien, man eventuell das Recht habe, die Waare zurückzuschicken. Die Händler von Bombay, eingeborene Indier, sollen das System der indischen Packung zur Meisterschaft ausgebildet haben, und eine indisch-englische Zeitung sagt: „Nach unserer Meinung ist kein Baumwollballen aus Surat wirklich das, für was er ausgegeben wird, weshalb jeder solcher Ballen mit Argwohn zu betrachten ist.“ Nun, die Hindus und Parsen thun eben das, was die hochmoralischen Europäer auch thun, sie mögen im Interesse ihres Geldsacks.

Die Bedrängnis der österreichischen und deutschen Perlmutterarbeiter durch den Mc. Kintler-Tarif ist bekannt. Jetzt wird in Newark (Ver. Staaten) eine Perlmutter-Knopffabrik gegründet, die den nothleidenden Wienern und sächsischen Proletariern noch mehr Konkurrenz machen wird.

Berlin.

Während wir früher nur an Geschäfte vertrieben, sind wir jetzt mit dem Publikum direkt in Verbindung getreten.

Stettin.

H. Hartwig Söhne & Baer

Berlin N.  
24a. Chausseestr. 24a.

Berlin SO.  
8. Brückenstrasse 8.

Berlin O.  
16. Gr. Frankfurterstr. 16.

Verkauf nur gegen Baar zu streng festen Preisen.

Jeder Preis ist mit Zahlen an der Waare ausgezeichnet.

Größte Werkstätten für Herren- und Knabenbekleidung.

Trotz bisheriger niedriger Preise jetzt bedeutende Preisermässigung.

Winterpaletots in Double, Eskimo, Floconé und hochfeinem Montognac 55, 50, 40, 35, 30, 25, 20, 15, 12 bis 10,00.  
Schlafrocke in Double, Velour und türkischen Imitationen 40, 30, 20, 15 bis 11,50.

Garantie für tadellosen Ein- und längste Haltbarkeit.

Maassbestellungen

werden unter Leitung erster Meister in unseren Werkstätten, der Mode entsprechend, angefertigt.

Jeder Kunde hört die reine Wahrheit über unsere nur realen Waaren.